

Forum  
für aktive  
Gewaltfreiheit

# Spinnrad



Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes · Österreichischer Zweig

- VB-Stellungnahme zur Wehrpflicht
- Donau-Friedenswelle
- Solidaritätsreise nach Kolumbien
- Die Jugend und die ägyptische Revolution

Aktion Schwerter zu Pflugscharen,  
17. Februar 2011



Nr. 1  
April 2011, € 3,-

# Inhalt

<b>EDITORIAL, IMPRESSUM, OFFENLEGUNG</b>	<b>2</b>
<b>FÜR EINE AKTIVE, GEWALTFREIE FRIEDENSPOLITIK OHNE HEER</b>	<b>3</b>
Stellungnahme des Internationalen Versöhnungsbundes - österreichischer Zweig zur Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht	
<b>STETES WASSER HÖHLT DEN STEIN</b>	<b>5</b>
Eröffnungsrede der Festveranstaltung "Die Donau- Friedenswelle erreicht Wien" von <i>Hildegard Goss-Mayr</i>	
<b>VERSÖHNUNGSPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT HERAUSFORDERUNGEN UND MÖGLICHKEITEN</b>	<b>6</b>
Teil 2, von <i>Geiko Müller-Fahrenholz</i>	
<b>"...DOCH WIR GEHEN WEITER!"</b>	<b>10</b>
Bericht über die Solidaritätsreise nach Kolumbien von <i>Mira Hurch</i>	
<b>STRAFE MUSS SEIN! - MUSS STRAFE SEIN?</b>	<b>13</b>
von <i>Ullrich Hahn</i>	
<b>EINFÜHRUNGSREDE VON HANS ULRICH GERBER, PRÄSIDENT DES INTERNATIONAL FELLOWSHIP OF RECONCILIATION</b>	<b>15</b>
<b>DIE MACHT DER JUGEND IN DER GEWALTFREIEN AKTION: DIE ÄGYPTISCHE REVOLUTION VON 2011</b>	<b>17</b>
von <i>Ruby Glaser</i>	
<b>BÜCHER, TERMINE</b>	<b>19</b>
<b>LATEINAMERIKA: GESCHÄFTSINTERESSEN VOR MENSCHENRECHTE!</b>	<b>20</b>
Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien	
<b>LATEINAMERIKA: DIENST FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT</b>	<b>23</b>
SERPJA erklärt öffentlich, dass es die beleidigenden Beschuldigungen, die der ehemalige kolumbianische Präsident Álvaro Uribe Vélez gegen Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel erhoben hat, entschieden zurückweist	

.....  
Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktions-  
teams der Zeitschrift Spinnrad übereinstimmen.

Titelblatt: Aktion "Schwerter zu Pflugscharen" der Nalber  
Hammerschmiede bei der Donau-Friedenswelle, 17. 2. 2011,  
Foto: Alois Reisenbichler

## IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

**Verleger, Herausgeber:** Internationaler Versöhnungsbund,  
österreichischer Zweig (IVB)  
**Redaktion:** Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle,  
Lateinamerika-Komitee  
**Adresse:** Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;  
Tel./Fax: 01/408 53 32; Email: [office@versoehnungsbund.at](mailto:office@versoehnungsbund.at)  
[www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)  
**Umschlagdesign:** Monika Naskau  
**Layout:** Irmgard Ehrenberger, Veronika Reiningger  
**Hersteller:** AV+Astoria Druckzentrum GmbH,  
Faradaygasse 6, 1030 Wien; **Verlagspostamt:** 1080 Wien  
**Bankverbindung:** PSK, Kto.Nr. 92022553 (BLZ 60000);  
BIC: OPSKATWW, IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553  
**Preis der Einzelnummer:** € 3,-  
**Abonnement:** € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)  
**Für Mitglieder des IVB kostenlos!**

Der IVB ist ein Zweig der internationalen gewaltfreien Bewegung  
International Fellowship of Reconciliation (IFOR). IFOR hat berate-  
nden Status bei ECOSOC und UNESCO. IFOR umfasst ein  
Netzwerk von 80 Zweigen und Gruppen auf allen Kontinenten.

## Liebe Leserinnen und Leser!

Die erste Ausgabe des Spinnrads in diesem Jahr ist um vier  
Seiten länger als üblich – das liegt vor allem daran, dass wir  
uns bemühen, den aktuellen Anlässen aus der Sicht der  
Gewaltfreiheit Rechnung zu tragen und gleichzeitig über die  
vielen Aktivitäten, die im Rahmen unserer Arbeitsschwer-  
punkte stattfinden, berichten möchten.

So hat sich das Büroteam und der Vorstand anlässlich der  
Diskussion über die Wehrpflicht entschlossen, nebenstehende  
Stellungnahme zu veröffentlichen, mit der wir uns bemühen,  
eine wegweisende Alternative aus der Gewaltspirale aufzuzei-  
gen. Leider haben zwanzig Jahre (seit dem Ende des Ost-  
West-Konfliktes) unermüdliche Propaganda von Seiten der  
Militärs und der Politik für militärische Interventionen nicht  
garade dazu geführt, dass unsere Forderungen, die auf einem  
tief verwurzelten Verständnis von Gewaltfreiheit beruhen, auf  
offene Ohren stoßen.

Aus unserer Arbeit berichten wir weiters über die Abschluss-  
veranstaltung der UNO-Dekade "Für eine Kultur des Friedens  
und der Gewaltfreiheit" und der "Dekade zur Überwindung  
von Gewalt" (S. 5.) und über die Solidaritätsreise nach Kolum-  
bien, die im Februar stattgefunden hat und von unserer ersten  
Friedensdienerin in der Friedensgemeinde San José de Apar-  
tadó, Marion Hiptmair, hervorragend organisiert wurde (S.  
10). Die Einführungsrede des neuen IFOR-Präsidenten Hans  
Ulrich Gerber zeigt auf, dass der Versöhnungsbund auf inter-  
nationaler Ebene intensiv für eine Neuorientierung arbeitet  
und um die bessere Verbundenheit unserer weltweiten Bewe-  
gung bemüht ist.

Irmgard Ehrenberger

OFFENLEGUNG gemäß §25 Mediengesetz: Eigentümer der Zeitschrift  
SPINNRAD ist zur Gänze der Internationale Versöhnungsbund, Leder-  
erg. 23/3/27, 1080 Wien. Im Vorstand sind: Lucia Hämmerle, Maria  
Hofmann, Erwin Neumann, Harold Otto, Herbert Peherstorfer, Danie-  
la Pock, Georg Reitlinger, Marion Schreiber, Karin Tesarek, Rebecca  
Zeilinger.

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift SPINNRAD dient der Verwirk-  
lichung der Präambel aus dem Selbstverständnis des Herausgebers:  
"Der Internationale Versöhnungsbund ist eine Vereinigung von Men-  
schen, die sich aufgrund ihres religiösen Glaubens oder ihrer huma-  
nistischen Grundhaltung zur Gewaltfreiheit als Lebensweg und als  
Mittel persönlicher, sozialer und politischer Veränderung bekennen.  
Auf der Grundlage einer politischen Spiritualität und der aktiven  
Gewaltfreiheit als Lebensprinzip arbeiten wir an der umfassenden  
persönlichen und gesellschaftlichen Befreiung."



Der Internationale Versöhnungsbund ist  
eine Vereinigung von Menschen, die  
sich aufgrund ihres religiösen Glaubens  
oder ihrer humanistischen Grundhaltung  
zur Gewaltfreiheit als Lebensweg und als Mittel  
persönlicher, sozialer und politischer Veränderung bekennen.



## **Für eine aktive, gewaltfreie Friedenspolitik ohne Heer**

### **Stellungnahme des Internationalen Versöhnungsbundes – österreichischer Zweig zur Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht**

**D**er Internationale Versöhnungsbund – österreichischer Zweig sieht in der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bis hin zum vollständigen Abbau des Militärs in Österreich als Land mit der Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität eine positive Chance, mit dem Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft ein Modell zu schaffen, das im eigenen Land, in der EU und weltweit einen wegweisenden Beitrag zu gewaltfreier Konfliktlösung, zum Schutz der Menschenrechte, zu größerer Gerechtigkeit und sozialem Frieden zu leisten vermag.

#### **Grundlagen**

In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen ist die Entschlossenheit der Völkergemeinschaft, zukünftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, festgehalten. In diesem Sinne hält auch die Verfassung der UNESCO fest, dass Kriege im Geist der Menschen entstehen und dass daher auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden muss. 50 Jahre nach der Verabschiedung dieser richtungweisenden Dokumente stellte die UNESCO 1995 in ihrer 28. Generalversammlung das Konzept einer „Kultur des Friedens“ vor, und die Vereinten Nationen erklärten die Jahre 2001 bis 2010 zur „Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt“.

Während der Bericht der weltweiten Zivilgesellschaft zur Dekade 5000 Seiten umfasst (<http://decade-culture-of-peace.org/>), fällt die

Bilanz auf weltpolitischer Ebene denkbar mager aus. Für Rüstung, Militär und Kriege wird so viel Geld wie noch nie ausgegeben, während im Bereich der Abrüstung, insbesondere von atomaren Massenvernichtungswaffen, kaum Fortschritte erzielt werden. Durch die Definition von Problemen wie Armut und Umweltzerstörung als Fragen der Sicherheit wird die Militarisierung der Gesellschaften vorangetrieben und selbst ehemals ausschließlich auf Verteidigung ausgerichtete Armeen wurden und werden für weltweite Interventionen umgestaltet.

Die Fokussierung auf die rein militärische Bekämpfung von Terrorismus führt dazu, dass die dahinter liegenden Wurzeln wie Armut, Ausgrenzung und Marginalisierung großer Teile der Weltbevölkerung in unzureichendem Ausmaß angegangen werden. Zudem werden die großen Probleme wie Umweltzerstörung, Ressourcenverknappung, Klimawandel etc., die sich in der Zukunft gravierend verstärken können, in unverantwortlicher Weise halbherzig behandelt, was zukünftige Generationen in Katastrophen ungeahnten Ausmaßes stürzen wird.

#### **Ein Modell für den Frieden**

Österreich hat sich als neutrales Land in der Vergangenheit und Gegenwart insbesondere durch sein Engagement für weltweite Abrüstung ausgezeichnet (Vertrag zum Verbot von Anti-Personen-Minen, Vertrag zum Verbot von Streubomben, Nichtweiterverbreitungsvertrag von Atomwaffen etc.). Es verfügt über einen reichen Schatz an Wissen über Konfliktvermittlung

und Friedensaufbau, sowie über eine lebendige, dem Frieden und der Gerechtigkeit verpflichtete Zivilgesellschaft mit historischen Vorbildern wie Bertha von Suttner, Alfred Fried, Karl Kraus oder Kaspar Mayr, und ist daher unter allen Staaten einer der geeignetsten, Frieden und Gewaltfreiheit auf allen politischen Ebenen zu verwirklichen.

*In diesem Sinne erwartet der Internationale Versöhnungsbund von der österreichischen Bundesregierung folgende Schritte:*

1) **Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht:** Angesichts dessen, dass es auf der Grundlage humanistischer Überlegungen weder eine Pflicht zum Töten noch eine Pflicht, sich im Töten ausbilden zu lassen, geben darf, befürwortet der Versöhnungsbund die Abschaffung der Wehrpflicht und infolgedessen auch die Abschaffung des Wehrersatzdienstes (Zivildienst).

**Der Versöhnungsbund spricht sich gegen die Einführung einer Berufsarmee** oder sonstiger derzeit diskutierter Mischmodelle aus und tritt vielmehr für die Umgestaltung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in eine aktive Friedenspolitik mit rein zivilen Mitteln nach innen und außen ein.

Statt durch das Militär könnte der Zivil- und Katastrophenschutz durch eine Agentur mit gut ausgebildeten Fachkräften wahrgenommen werden. Diese könnte bei Anlassfällen auch solidarisch im Ausland zum Einsatz kommen. Die vielfältigen sozialen Aufgaben wie Kranken-, Alten- und Behinderten-



## VB-STELLUNGNAHME

betreuung, die derzeit von Zivildienern geleistet werden, sollten in reguläre bezahlte Arbeitsplätze sowie in attraktive Freiwilligendienste überführt werden, die von Frauen und Männern jeden Alters geleistet werden können. Zum Aufgabenspektrum dieser Dienste würden auch beispielsweise die Hilfe bei der Integration von AsylwerberInnen/MigrantInnen, die Spielplatzbetreuung, kommunale Friedensarbeit, Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen etc. zählen. All diese Maßnahmen sollen auch dazu dienen, die Solidarität aller in diesem Land lebenden Menschen zu stärken und ein friedvolles Miteinander zu fördern.

**2) Österreich verstärkt die Wahrnehmung seiner Verpflichtungen zum Aufbau eines weltweiten Friedens** mit ausschließlich zivilen/gewaltfreien Mitteln, die am Wohl der benachteiligten und von Konflikt und Krieg betroffenen Menschen orientiert sind. Für dieses Ziel sind u.a. folgende Maßnahmen geeignet:

- Einrichtung eines Friedensministeriums, das staatliche Maßnahmen und Maßnahmen der Zivilgesellschaft koordiniert
- Einführung von staatlich geförderten Zivilen Friedensdiensten mit gut ausgebildeten Friedensfachkräften zur Konfliktprävention/Konfliktbearbeitung in Krisengebieten
- Aufstockung der Entwicklungshilfe und Maßnahmen gegen die Ursachen von Armut und Hunger
- Fortgesetzter Einsatz für weltweite Abrüstung sowie für die verbesserte Kontrolle und Verringerung bis hin zur Abschaffung des Wafhandels für militärische Zwecke
- Förderung der Friedensforschung und der Friedenserziehung

All diese vom Versöhnungsbund eingeforderten Maßnahmen würden wesentlich geringere Kosten verursachen – sowohl im Vergleich zur herkömmlichen militärischen Landesverteidigung als auch im Vergleich zu einer Berufsarmee, die letztendlich auf die Einbettung in eine Armee auf europäischer Ebene, die weltweit militärische Interventionen durchführen kann, ausgerichtet wäre. Erste Ansätze für eine derartige Armee wurden bereits mit der Aufstellung der Battle groups umgesetzt. Hier stellt sich die Frage, inwieweit Österreich seine Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität ernst nimmt und ob sich Österreich zukünftig in militärische Abenteuer, die so viel Leid, Tod und weitere Konflikte bringen, hineinziehen lassen will.

Der Versöhnungsbund erachtet das oben in Grundzügen vorgestellte Modell als konkreten Beitrag zur Überwindung des Konzeptes der militärischen Konfliktaustragung und zum Aufbau eines positiven Friedens in Gerechtigkeit.

*Die Stellungnahme wird von folgenden Organisationen unterstützt:*

- Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsberatung
- Konfliktkultur
- Österreichische Friedensdienste
- Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren & Zukunftswerkstatt Energie



Im Namen des *Österreichischen Netzwerks für Frieden und Gewaltfreiheit* beglücke ich Sie herzlich am Ufer dieses Stromes, dessen Wasser durch die Jahrhunderte die Völker des Westens Europas mit jenen des Ostens verbunden hat und verbindet. Das Symbol des Wassers spricht uns heute in besonderer Weise an: es läutert, wäscht rein, klärt, verbindet; es ist stark wie die Kraft der Gewaltfreiheit, die beharrlich Widerstände überwindet und so neuem Leben den Weg bahnt.

Neue Wege für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt zu öffnen, dafür engagierten sich die 35 in unserem Netzwerk zusammengeschlossenen Organisationen von Beginn der Friedensdekade im Januar 2000 an mit der Friedensnobelpreisträgerin *Mairead Corrigan Maguire* bis zum heutigen Tag. Mit dieser Dekade forderten die Vereinten Nationen zum ersten Mal gemeinsam und einstimmig zur Weltgestaltung aus der Perspektive und mit den Methoden der Gewaltfreiheit auf. Heute wollen wir von unserem Engagement für diese Zielsetzung Rechenschaft ablegen und uns zugleich den neuen, vor uns liegenden Aufgaben stellen.

Zu allererst möchte ich allen Organisationen und Einzelpersonen für ihr Engagement danken, welches sie, meist mit wenig Mitteln, viel Zeitaufwand und manchmal gegen erhebliche Widerstände wahrgenommen haben. Hunderte Kinder und Jugendliche unseres Landes konnten durch ihr kreatives Engagement die Erfahrung machen, dass Gewalt, Ausgrenzung oder Hass keine unüberwindlichen Mächte sind, sondern dass diese durch die in uns liegende Kraft der Gewaltfreiheit und durch unser gemeinsames Handeln überwunden und neue Beziehungen und Lebensbedingungen aufgebaut



*Die Donau-Friedenswelle ist ein internationales Projekt zur Vorbereitung der Abschlussveranstaltung der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ (Ökumenischer Rat der Kirchen) im Mai 2011 in Jamaika.*

*In Österreich wurde am 17. Februar eine Festveranstaltung mit Workshops, einer symbolischen Aktion, einer Vesper und einem Konzert von Kohelet3 im Rahmen der seit Jahren bestehenden Kooperation des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich, der Evangelischen Akademie und des Netzwerks für Frieden und Gewaltfreiheit organisiert. Die Festveranstaltung war gleichzeitig die österreichische Abschlussveranstaltung der UNO-Dekade „Für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit“.*

## Stetes Wasser höhlt den Stein

### Eröffnungsrede der Festveranstaltung „Die Donau-Friedenswelle erreicht Wien“ von Hildegard Goss-Mayr

werden können. Dafür Dank allen, die LehrerInnen und SchülerInnen in Gewaltfreiheit schulten, die Initiativen zur Überwindung von Mobbing, Ausgrenzung und Fremdenangst initiierten, kreative Friedensarbeit entfalten halfen, Zivilcourage und Demokratieverantwortung ermutigten und so neue Hoffnung und Lebensperspektiven öffneten. Dank auch allen, die sich beharrlich, gegen viel Widerstand, für die Verankerung der Grundrechtscharta für Kinder in der österreichischen Verfassung einsetzten, wie auch für die wissenschaftliche Erarbei-



Konzert von Kohelet3

Fotos: Alois Reisenbichler



Ökumenische Vesper mit der Gemeinschaft Sant' Egidio

tung von Friedenserziehung und das Bemühen um deren Einbindung in unser Schulsystem, und Dank für die internationale Zusammenarbeit, durch die ein weltweites Netz aufgebaut werden konnte. Wir können feststellen, dass das Bewusstsein von der Bedeutung gewaltfreier Konfliktlösung und von Friedenserziehung in unserer Gesellschaft gewachsen ist. Dafür dürfen wir wohl ein Fest feiern!

Dennoch müssen die vorliegenden Schwierigkeiten offen angesprochen werden:

Das Netzwerk erhielt nur wenig Unterstützung von Regierung und öffentlichen Institutionen für die Umsetzung der Ziele der Dekade, für die Österreich bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen gestimmt hatte. Mangels dieser inhaltlichen und materiellen Unterstützung konnten zahlreiche Friedensprojekte, die sich anboten, nicht verwirklicht und das öffentliche Interesse an den Zielen der Dekade nicht in umfassender Weise mobilisiert werden. Dies sind - unter anderen - Ursachen, warum der Einfluss der Dekade auf die Gesamtsituation unserer Gesellschaft sehr bescheiden blieb.

Wir müssen feststellen, dass sich im Verlauf dieser zehn Jahre in unserem Land die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert, die soziale



Ausgrenzung vertieft, die Probleme der ImmigrantInnen verhärtet haben und die Fremdenfeindlichkeit, die von manchen Massenmedien geschürt wird, gewachsen ist. Friedenspolitik spielt nur eine Rolle am Rande des politischen Geschehens.

Auf Grund dieser Situation können wir die Arbeit der Dekade nicht als beendet ansehen. Mit neuem Elan wollen wir uns mit dem Geist der Compassion, der Gerechtigkeit und Versöhnung, mit der Kraft der Gewaltfreiheit und mit Zivilcourage dafür einsetzen, dass die nächsten Generationen in einer Welt versöhnter Vielfalt, demokratischer Mitverantwortung, der gerechter geteilten Güter und einer behüteten, umsorgten Natur leben können. Dafür wollen wir heute Nachmittag einige Perspektiven erarbeiten.

Und nochmals zurück zu den Wellen der Donau. Diese rufen uns zu: Wisst ihr es nicht:

**Steter Tropfen höhlt den Stein; euer Vertrauen sei stark wie das Wasser!**



# Versöhnungspolitik im 21. Jahrhundert Herausforderungen und Möglichkeiten

Vortrag von Geiko Müller-Fahrenholz bei der Dreijahrestagung des Versöhnungsbundes am 5. November 2010 im Albert Schweitzer-Haus, Teil 2

## **Der dritte Schritt: Ein neuer Bund als Folge von Bitte und Akzeptanz**

In der Dynamik von Versöhnungsprozessen nimmt die öffentliche Beglaubigung einer Apologie und ihrer Akzeptanz eine wesentliche Rolle ein. So wichtig wie das öffentliche Benennen eines Unrechts ist auch die öffentliche Bestätigung, dass die Opferseite diesen Akt als für sich ausreichend anerkennt. Sie muss ihrerseits erklären, dass sie sich und ihre Geschichte in der Erklärung der Täterseite voll und ganz wieder erkennt und muss folglich ihrerseits auf verbindliche Weise von einer weiteren Aufrechnung erlittener Kränkungen Abstand nehmen.<sup>5</sup>

Der verbindliche Ausdruck einer solchen Übereinkunft ist ein Bund oder ein Vertrag. Er beglaubigt das Ende einer Verfeindungs Geschichte und begründet den Beginn einer Bundesgenossenschaft im Sinne einer entfeindeten Nachbarschaft. Es wird wichtig sein, einen solchen Vorgang symbolisch zu verfestigen. Das kann zum Beispiel dadurch geschehen, dass der Tag des Bundesschlusses zum gemeinsamen Gedenktag beider Konfliktparteien gemacht wird. Mahnmale und Gedenksteine können dazu dienen, die Erinnerung an den Bund und damit den gewonnenen Frieden lebendig zu erhalten.

Auch hier mag ein Beispiel veranschaulichen, was ich meine: Der *Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag* wurde mit großem

symbolischen Bedacht in der Kathedrale von Reims öffentlich verkündet und beglaubigt. Aber es ist unterlassen worden, diesen Tag zu einem jährlich wiederkehrenden Gedenktag zu machen oder vergleichbare symbolische Manifestationen zu schaffen, die beide Völker regelmäßig dazu bringen würden, ihre Freundschaft und gute Nachbarschaft zu feiern. Denn wenn wir uns klarmachen, dass die lange und erbitterte Verfeindungs Geschichte zwischen Deutschland und Frankreich sich in Abertausenden von Denkmälern und Gedenkstätten widerspiegelt, wäre es wichtig gewesen, neue Gedenktage und -stätten zu schaffen, um die gewonnene Gemeinsamkeit immer wieder in Erinnerung rufen zu können und somit gegen neue Verfeindungs tendenzen gefeit zu machen. Immerhin wurde das deutsch-französische Jugendwerk gegründet, das im Laufe der Jahre ein enges Netz von Freundschaften geschaffen hat – auch eine Art Immunisierung gegen Ideologien der Feindschaft.

Damit will ich nicht den Eindruck erwecken, als könne ein Freundschaftsvertrag zwischen Konfliktparteien die Erinnerungen an die Schuld- und Kränkungs geschichten zum Verschwinden bringen. Ein forciertes „Vergeben und Vergessen“ wäre eine zusätzliche Beleidigung für die Gekränkten. Erinnerungen kann man nicht verbieten. Wohl aber kann es gelingen, die Erinnerungen gleichsam zu entgiften und auf solche Weise zu verhindern, dass die neu gewonnene

Gemeinsamkeit durch Misstrauen und Feindseligkeit immer wieder gefährdet wird. In diesem Sinn ist es vielleicht möglich, von einer Heilung der Erinnerungen zu sprechen. Erst wenn sich in diesen Erinnerungen nichts Schmerzliches mehr findet, können sie getrost dem Vergessen anheim gestellt werden.

Ein versöhnungspolitischer Vertrag „bereinigt“ aber nicht nur die Altlasten der Vergangenheit. Er eröffnet eine gemeinsame Zukunft. Er erschließt den eigentlichen Zielpunkt von Versöhnungsprozessen, der im Folgenden angedeutet werden soll.

## **Der vierte Schritt: Lastenausgleich**

Versöhnungsprozesse bleiben labil und unvollständig, wenn der Aspekt der „Reparationen“ vernachlässigt oder gar ganz unterschlagen wird. Um Missverständnisse zu vermeiden, will ich unterstreichen, dass Begriffe wie „Reparationen“ oder „Wiedergutmachungen“ etwas Missliches haben. Was in der Vergangenheit an Vergehen verübt wurde, ist nicht zu „reparieren“. Auch sind einmal geschehene Verbrechen nicht wieder „gut“ zu machen. Dies auszusprechen, bedeutet jedoch keineswegs, untätig zu bleiben. Es kann und es muss versucht werden, die Folgelasten vergangenen Unrechts abzuschwächen und Vorkehrungen zu treffen, um Wiederholungen alter Verbrechen zu vermeiden. Ich halte es darum für sinnvoller, Begriffe wie „Reparationen“ oder „Wiedergutmachungen“ zu vermeiden.



chungen“ durch den Begriff „Lastenausgleich“ zu ersetzen. Denn um einen Ausgleich der Lasten und Vorteile, die ein Unrechtssystem mit sich gebracht hat, muss es in jedem Fall gehen, und damit auch um ein Ausbalancieren und Korrigieren der entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Was muss ein solcher Lastenausgleich erstreben? Er hat das Ziel, ein neues System gerechter und produktiver Beziehungen zu begründen und zu befördern. Damit ist der Lastenausgleich auf die Zukunft ausgerichtet. Er stellt den Versuch dar, kooperative Projekte zu ermöglichen, wo zuvor gegeneinander gearbeitet wurde. Er setzt die Erfahrung gemeinsamer Aktionen an die Stelle der alten Vorurteile und Zerwürfnisse und schafft damit Vertrauen und Stabilität.

Wie wichtig dieser Gesichtspunkt ist, lässt sich an dem südafrikanischen Versöhnungsprozess verdeutlichen. Die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission kann für die ersten drei Aspekte, die ich hier beschrieben habe, als vorbildlich gelten. Und doch könnte diese großartige Bemühung um ihre Früchte gebracht werden, weil der vierte Schritt, nämlich ein echter Lastenausgleich, bisher nur sehr zögerlich angegangen worden ist. Die Kommission hatte zwar detaillierte Vorschläge für Entschädigungsleistungen an Apartheid-Opfer aufgelistet, doch hat die Regierung die fälligen Konsequenzen verzögert, obgleich das entsprechende Gesetz („*National Unity and Reconciliation Act*“) sie dazu verpflichtet. Auch als es dann zu Kompensationsleistungen kam, oft in einem enttäuschenden Umfang, blieb der Versöhnungsprozess gleichsam unvollendet. Kein Wunder, dass bei den Opfern, vor allem denjenigen in den wuchernden Elendsvierteln, Ungeduld und Ver-

bitterung um sich gegriffen haben. Der Verdacht, dass die frühere weiße Oberschicht, erweitert um eine neue schwarze Elite, „business as usual“ betreibt, so als sei das Unrecht des Apartheid-Systems nunmehr „abgehakt“, könnte sehr wohl zu einem explosiven Gemisch werden, das die unter so großen Leiden gewonnene südafrikanische Demokratie in Gefahr bringen könnte.<sup>6</sup>

Es ist also wichtig, Versöhnungsprozesse auf den Zielpunkt des Lastenausgleichs hin zu konzipieren. Dazu gehören nicht nur finanzielle Leistungen, sondern auch soziale, bildungspolitische und symbolische Maßnahmen. Solche „Pakete“ werden von Fall zu Fall anders aussehen. Es muss jedoch auch bedacht werden, dass Entschädigungsleistungen nun auch wieder in der Luft hängen können, wenn ihnen die erwähnten drei Schritte nicht voraus gegangen sind. Ich habe den Eindruck, als sei eben dies nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland geschehen. Die Entschädigungsleistungen an Israel, an die Opfer des Holocaust und die Verfolgten des Naziregimes haben schon in den 50er-Jahren begonnen, aber es ist erst in den 60er und 70er-Jahren zu einer breiten Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reiches gekommen.<sup>7</sup> Eine besonders schwerwiegende Schwäche dieser Wiedergutmachungsleistungen aber besteht für mich darin, dass die Annahme der darin enthaltenen Entschuldigungsabsichten seitens der Überlebenden des Holocaust schlicht vorausgesetzt wurde - ein folgenschwerer Irrtum, wie die Geschichte der Irritationen zwischen Juden und Deutschen bis heute belegt.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wenn wir Versöhnung als einen Prozess betrachten, der deutlich unterscheidbare Stadien



durchschreiten muss, gelangen wir über das verbreitete Missverständnis hinaus, das Versöhnung als einen „Schlussstrich“ auffasst. Ein „großes Vergessen“ lässt sich nicht befehlen, auch wenn es nicht nur bei dem Westfälischen Frieden von 1648, sondern immer wieder von vielen Machthabern versucht worden ist. Niemals kann Versöhnung auf Kosten der Wahrheit verordnet werden.

Wenn Versöhnungspolitik mindestens die vier genannten Schritte gehen muss, wird deutlich, wie leicht sie scheitern kann. Sie muss daher langfristig angelegt sein. Vor allem aber muss sie sich auf eine breite zivilgesellschaftliche Unterstützung verlassen können.

Die Frage, die mich stark beschäftigt, ist, ob und wie es gelingen kann, die politische Sensibilität und moralische Souveränität zu gewinnen, um diese Versöhnungsprozesse in Gang zu setzen. Gerade weil sich in diesem Jahrhundert bedrückende Kriegsgefahren ankündigen.

#### **4. Versöhnungspolitik führt zu einem erweiterten Verständnis von Gerechtigkeit**

Lassen Sie mich jetzt versuchen, diese eher strukturellen und allgemeinen Überlegungen des dritten Kapitels auf die politischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu beziehen.



Damit nehme ich ein Stichwort auf, das ich bereits angedeutet habe: *Wie verträgt sich Versöhnung mit dem Streben der Menschen nach Gerechtigkeit?*

### **Versöhnung und aufrichtende Gerechtigkeit gehören zusammen**

Es wird oft behauptet, eine Politik der Versöhnung beeinträchtigt oder vernachlässigt das Verlangen der Menschen nach Gerechtigkeit und Sühne. Es scheint mir angemessen, in diesem Zusammenhang noch einmal an die Arbeit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission zu erinnern. Bekanntlich stellte sie nicht die Bestrafung der Schuldigen des Apartheidsystems in den Mittelpunkt, sondern die Würdigung und Aufrichtung der Opfer. In den vielen Anhörungen, die überall in Südafrika stattfanden, bekamen Frauen und Männer die Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit, sofern sie das wollten, die Geschichte ihrer Demütigungen und Leiden zu erzählen. Dies allein hatte bereits etwas ungeheuer Entlastendes. Hier kamen Menschen zu Wort, deren Ehre mit Füßen getreten worden war. Ihre Selbstachtung wurde wiederhergestellt. Es ereignete sich so etwas wie eine „Katharsis“, eine Reinigung. Aber es blieb ja nicht nur bei dem bloßen Erzählen. Es wurden auch die Ansprüche auf Schadensersatz sorgfältig festgestellt.

Dieser Ansatz war beeindruckend. Es hat gleichwohl innerhalb und außerhalb Südafrikas nicht an kritischen Stimmen gefehlt, die darauf bestanden, dass man die Schuldigen vor Gericht hätte bringen müssen. Dass also eine Ahndung von Verbrechen ebenfalls zur moralischen Katharsis einer Gesellschaft gehöre. Freilich haben die Menschen, die vor den Gerichten eine Sühne für die erlittenen Untaten

erstreiten wollten, die ernüchternde Erfahrung machen müssen, dass sich dort mit mancherlei Verfahrenstechniken ein Schuldspruch oft auch vermeiden lässt. Das Ergebnis bestand dann nicht selten darin, dass die Ankläger den Eindruck bekamen, nicht zu ihrem Recht gekommen zu sein und das Gericht mit einer zusätzlichen Demütigung verlassen mussten.

Nun ist festzuhalten, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission keineswegs darauf ausgerichtet war, die Arbeit der Gerichte zu ersetzen. Sie hatte den Auftrag, eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Unrecht des Apartheidsystems in Südafrika zu ermöglichen. Damit wurden die Dämonen der Schuld und der Demütigungen ans Licht gebracht und entmündigt. Damit wurde auch die Gefahr eines Bürgerkrieges gebannt.

Natürlich ist die Wahrung und Pflege des Rechts durch souveräne Gerichte und unbestechliche RichterInnen ein außerordentlich wichtiger Bestandteil jeder Gesellschaft, die sich zivilisiert nennen will. Und darum darf auch nicht übersehen werden, dass in Südafrika mit Nachdruck an dem Aufbau unabhängiger Gerichte gearbeitet wird.

In diese Linie gehört auch die Einrichtung des *Internationalen Strafgerichtshofes*. Sie ist ein Ausdruck dafür, dass die Ahndung von Verbrechen um der Menschlichkeit der Menschen - übrigens gerade auch der Menschlichkeit der Angeklagten willen! - unersetzlich ist. Und doch ist es für mich wichtig festzuhalten, dass die punitive, also die bestrafende Dimension des Rechts, nicht die einzige sein kann. Gerechtigkeit kommt auch dort zum Zuge, wo die Opfer von Verbrechen aufgerichtet, wo ihre beschädigte Würde wieder hergestellt wird. So gesehen muss die Täterfixierung

unserer Rechtsordnungen um eine Opferorientierung ergänzt werden. Damit tritt neben die bestrafende Gerechtigkeit die aufrichtende Gerechtigkeit. Das wird in der internationalen Diskussion „restorative justice“ genannt. In den USA befassten sich inzwischen mehr und mehr Bürgergruppen mit diesem Konzept, weil sie eingesehen haben, dass eine Befriedung ihrer Gesellschaft nicht dadurch gelingt, dass immer mehr Gefängnisse immer voller werden.

### **Versöhnung berührt das Problem der distributiven Gerechtigkeit**

Darüber hinaus aber will ich eine Frage aufgreifen, die mir bei der Lektüre des eingangs erwähnten Buches von Gwynne Dyer gekommen ist. In welcher Form können wir angesichts der auf uns zukommenden ökologischen Katastrophen von Versöhnung sprechen? Wer soll und kann sich hier mit wem versöhnen? Geht es nicht auch hier um Gerechtigkeit?

In der Tat ist „Klimagerechtigkeit“ das Motto, wenn die paradoxen Folgen der Erderwärmung für die Völker der Erde zur Sprache kommen. Die Länder in den tropischen Breiten, deren ökologischer Fußabdruck fast bei Null liegt, werden am stärksten betroffen, während die Menschen mit ihrem emissionsintensiven Lebensstil, und das sind zum Beispiel wir hier in Mitteleuropa, in moderaten Klimazonen leben und darum vorerst weniger dramatische Rückschläge erleiden werden.<sup>8</sup> Das ist eine Klimaungerechtigkeit, mit der man sich nicht abfinden kann. Sie wurde übrigens auch bei dem Klimagipfel in Kopenhagen von keiner Seite ernsthaft in Frage gestellt.

Es geht also hier um Verteilungsgerechtigkeit, um distributive Gerechtigkeit.





Der *Ökumenische Rat der Kirchen* hat dieses Problem unter dem Stichwort der „ökologischen Schuld“ aufgegriffen. Wir im reichen Norden – ich weiß, dass dies eine unstatthafte Verallgemeinerung ist – stehen bei den Armen in der Schuld, weil wir es sind, die durch unseren exzessiven Lebensstil ihre Überlebenschancen beschädigen. Wie können sie uns unsere Schuld vergeben? Mit bloßen Worten ist hier offensichtlich nichts getan, es kommt vielmehr auf konkrete Kompensationen oder besser: auf Lastenausgleichsmaßnahmen an.

Damit aber komme ich auf ein Problem zu sprechen, das sehr schnell als eine unerträgliche Zumutung empfunden wird.

### ***Versöhnungspolitik entwickelt ein positives Verständnis von Verzicht***

Was ich meine, möchte ich mit einem Hinweis auf die Ostpolitik des deutschen Bundeskanzlers *Willy Brandt* beschreiben. Gegenüber den östlichen Nachbarn hat er eine Versöhnungspolitik betrieben, die sich auch als „Verzichtspolitik“ verstand. Eben dies haben ihm viele KritikerInnen zum Vorwurf gemacht. Für sie war der Verzicht auf die deutschen Gebietsansprüche jenseits der Oder-Neisse-Linie nichts anderes als ein feiger „Ausverkauf“ nationaler Interessen. Brandt aber war von der Überzeugung durchdrungen, dass eine friedliche und zukunftsfähige Bündnispolitik mit den östlichen Nachbarn ohne einen ausdrücklichen Verzicht auf deutsche Gebietsansprüche nicht zu haben war. Verzicht war für ihn zum einen die ausdrückliche Anerkennung deutscher Schuld für die Leiden und Lasten, die der Zweite Weltkrieg gerade diesen Völkern in der Mitte und im Osten Europas aufgebürdet hatte. Aber der Verzicht trug zugleich

dazu bei, den Raum für eine konstruktive Lastenausgleichspolitik zu schaffen.

Wer in einer enger gewordenen Welt eine schöpferische Nachbarschaftspolitik betreiben will - und alles andere läuft auf Selbstzerstörung hinaus -, wird die Kategorie des Verzichts positiv bewerten müssen. Gerade wenn ein tief sitzendes Unrecht die Beziehungen zwischen Nachbarn belastet, müssen Bewegungsspielräume geschaffen werden. Und das ist ohne die Freigabe festgefahrener Positionen, also ohne Verzicht, nicht möglich.

So gesehen, ist Verzicht ein Zeichen von Souveränität und nicht von Schwäche.

Und das gilt nun noch einmal neu für die Lebensbedingungen im 21. Jahrhundert. Der Verzicht auf lieb gewordene Konsumgewohnheiten und für selbstverständlich gehaltene Produktionsmethoden wird angesichts der ökologischen Gefahren zu einer Form der neuen Lebenskunst. Verzicht ist ein Gebot der Klugheit, um die distributiven Ungerechtigkeiten aufzuheben, damit nicht nur unsere ZeitgenossInnen, sondern vor allem auch unsere Kinder und Enkelkinder eine lebensfreundliche Welt vorfinden.

### ***Wer versöhnt uns mit unserer Schuld angesichts der geschundenen Erde?***

Damit komme ich zu der Frage, die mich fast dazu gebracht hätte, diesen Vortrag bei Ihnen abzusagen. Was wir unseren Nachkommen und der ganzen lebendigen Fülle der Erde antun, ist ein so beispielloses Versagen, das uns an den Rand der Verzweiflung bringen kann. Wie konnten wir Menschen - oder besser: wir Männer - dahin kommen, unsere Herrschaft über die Natur so hemmungslos auszu-

weiten, dass die Ökosysteme dieses Planeten über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus beeinträchtigt worden sind? Wer hat uns so verblendet?

Natürlich gibt es immer noch viele, die der Meinung anhängen, die ökologischen Probleme seien mit neuartigen wissenschaftlich-technologischen Maßnahmen unter Kontrolle zu bringen. Es gibt aber auch eine tief sitzende Apathie, die uns hindert, die längst überfälligen Korrekturen vorzunehmen. Und hinter dieser Apathie dürften auch uneingestandene diffuse Schuldgefühle und eine profunde Ratlosigkeit stecken. Denn mit der Natur können wir uns nicht versöhnen. Entschuldigungen fruchten nichts. Sie kann nichts vergessen.

Ist also niemand da, der uns vergeben kann?

Ich sehe nur eine einzige Hoffnung, und zwar die, dass es jenseits dieses Irrsinns eine Kraft gibt, die es gut mit uns Menschen meint. Freilich nicht im Sinne eines „deus ex machina“, der die Verwüstungen, die wir anrichten, auf wundersame Weise wieder beseitigt. Sondern in dem Sinn, dass es einen Gott gibt, der radikales Umdenken möglich macht, der neue Kräfte aufweckt und neue Wege eröffnet.

Der Internationale Versöhnungsbund hat seit fast hundert Jahren auf diese Kraft der Veränderung und der Versöhnung gesetzt. Für seine pazifistische Überzeugung hat er große Opfer gebracht und immer wieder neue Wege gewiesen.

Das 21. Jahrhundert bringt Bedrohungen und Gefahren mit sich, welche die Menschheit vor beispiellose Herausforderungen stellen. Wege aus den Gefahren zu finden, Brücken der Versöhnung auszukundschaften und dem Frieden





## SOLIDARITÄTSREISE

neue Bahnen zu schaffen, das ist unsere Aufgabe. Damit steht auch der Internationale Versöhnungsbund vor neuen Bewährungsproben. Dazu helfe uns allen der Gott, dessen Friede höher ist als unsere Vernunft.

5) Eine von allen Seiten als zutiefst zufrieden stellend empfundene Versöhnung fand im Juli 2010 auf der 11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Stuttgart zwischen den Lutherischen Kirchen und der Mennonitischen Weltkonferenz statt. Vorausgegangen war ein Bericht einer Kommission beider Kirchen zum Thema „Heilung von Erinnerungen – Versöhnung in Christus“, der eindeutig Stellung zu den Verwerfungsurteilen der Lutherischen Kirchen gegenüber den Mennoniten im 16. Jahrhundert und den daraus folgenden unsäglichen Verbrechen genommen hatte. Daraufhin bat die Vollversammlung – einige stehend, andere kniend – um Vergebung, und der Präsident der Mennonitischen Weltkonferenz, Danisa Ndlovo aus Zimbabwe, gewährte die Bitte um Vergebung. Anschließend wurde diese Versöhnung in einem Gottesdienst konkret bestätigt und befestigt.

6) Die Wahl von Jacob Zuma kann durchaus als Indiz dieser wachsenden Enttäuschung und Verbitterung verstanden werden. Da er seinen Wahlsieg mit dem Versprechen, die Not der Armen aufzuheben, errungen hat, wird er jetzt immer deutlicher zur Rechenschaft gerufen.

7) Ein Beispiel für die immer noch andauernde Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reiches sehe ich in dem kürzlich vorgestellten 900seitigen Bericht einer Historikerkommission zur Beteiligung des Auswärtigen Amtes. Vgl.: E. Conze u.a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

8) Dies ist jedenfalls für die ersten Jahrzehnte der Fall. Bei der zu erwartenden Erhöhung des Meeresspiegels werden allerdings auch in Europa die niedrig liegenden Regionen sowie Flusstäler und Mündungsgebiete dauerhaft überflutet sein, und das wird große Migrationsbewegungen auslösen.

## „...doch wir gehen weiter!“

### Bericht über die Solidaritätsreise nach Kolumbien, 4. – 19. Februar 2011

Organisiert vom *Internationalen Versöhnungsbund – österreichischer Zweig* und *FOR - Fellowship of Reconciliation USA*, führte die Reise von Treffen in Bogotá und Medellín (NGOs, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen, Vertreter der kolumbianischen Armee etc.) über Tage am Land mit Kleinbauern und -bäuerinnen in die Friedensgemeinde von San José de Apartadó, die seit 2002 vor Ort von internationalen Freiwilligen begleitet wird.

#### „...doch wir gehen weiter!“

...*hören wir von Ana\**, die seit dem Tod ihres Sohnes nie mehr getanzt hat.

...*sagt José García\**, Gewerkschafter in dem Land, in dem in den letzten 26 Jahren jeden dritten Tag ein/e Gewerkschafter/in ermordet wurde. 60% aller Morde an GewerkschafterInnen weltweit werden in Kolumbien begangen. Vor 26 Jahren waren 14% der KolumbianerInnen gewerkschaftlich organisiert, heute sind es 3,8%.<sup>1</sup>

...*meint Sarita\**, knapp 20, Kolumbianerin, strotzend vor Energie. Viermal pro Woche begleitet sie Kinder in den Comunas (Elendsvierteln) von Medellín – unbezahlt, mit dem Tod bedroht und neben ihrer Arbeit in der Pizzeria, denn Geld zum Leben braucht sie auch. Wir erleben sie bei der Arbeit, mit strahlenden Augen.

...*beendet Beatrice\** ihre Erzählung vom Massaker in der Friedensgemeinde 2005, in dem zwei der wichtigsten Führungspersonen mit

Frau und Kindern (darunter ein fünfjähriges Mädchen und ein 18 Monate alter Bub) ermordet wurden. „*Wir gehen weiter unseren Weg, gewaltfrei. Solange wir noch am Leben sind. Es ist der einzige Weg.*“

Kolumbien – ein Land des Todes und ein Land des Lebens, ein Land der Verzweiflung und ein Land der Hoffnung. Weinend und lachend nähern wir uns diesem Land und seinen Inhalten, seinen Menschen an. Diesem Land, in dem jeden Freitag Abend die Séptima, eine der größten Straßen Bogotás, für den Verkehr gesperrt wird und sich mit Menschen, Lachen, StraßenkünstlerInnen füllt. Diesem Land, das seit vielen Jahrzehnten von einem internen bewaffneten Konflikt gebrandmarkt ist. Das staatliche Militär, die BACRIMS<sup>2</sup> und die Guerilla-Gruppen (FARC, ELN etc.) stehen in grausamem Kampf, in den seit Uribes Politik der „demokratischen Sicherheit“ (ab 2003) mehr und mehr Zivilbevölkerung miteinbezogen wurde. Für Interessen der Multinationalen (Coca-Cola, Banacol, Chiquita, Glencore, Sodexo etc. etc.), der korrupten Regierung und individueller Machtinteressen bringen sich Landsleute gegenseitig massenweise um, finanziert mit Militärhilfe aus den USA („Plan Colombia“) und dem Drogenhandel. Von wirtschaftlichen Interessen getrieben, schrecken Konzerne nicht davor zurück, bewaffnete Gruppen zu finanzieren, um Land für Großprojekte „freizuräumen“, aufmüpfige GewerkschafterInnen aus dem Weg zu schaffen oder MenschenrechtsaktivistInnen umzubringen, die in dem Land der



# EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien

## Geschäftsinteressen vor Menschenrechten

### Vom Assoziations- zum Freihandelsabkommen

Am 19. Mai 2010 wurde das Freihandelsabkommen zwischen Peru, Kolumbien und der Europäischen Union (EU) auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid unterzeichnet. Damit es in Kraft treten kann, müssen jedoch das Europäische Parlament sowie der kolumbianische und der peruanische Kongress noch zustimmen. Auch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten werden aller Voraussicht nach über das Abkommen abstimmen.

Die entscheidende parlamentarische Debatte um die Ratifizierung wird im Frühjahr 2011 erwartet. Das jetzt vorliegende Freihandelsabkommen ist das Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen, die anfangs ein sogenanntes Assoziationsabkommen mit Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien zum Ziel hatten. Neben dem eigentlichen Herzstück – dem Freihandel – ging es um die Förderung des politischen Dialogs und um Entwicklungszusammenarbeit.

Schnell zeichneten sich aber unterschiedliche Auffassungen über Inhalt und Ziele des Abkommens ab. Eine

Einigung mit den vier Andenländern erschien der EU nicht möglich. Sie schloss daraufhin Bolivien von den Verhandlungen aus. Mit Kolumbien, Peru und Ecuador wurde zwar weiter verhandelt – jetzt allerdings ging es der EU nur noch um ein Handelsabkommen. Die beiden anderen im Assoziationsabkommen vorgesehenen Säulen fielen vollständig unter den Tisch. Ecuador zog sich deshalb im Juli 2009 aus den Gesprächen zurück.

### Gefährliche Ausgangslage: Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien

In Kolumbien kommt es seit Jahrzehnten zu systematischen Verletzungen der Menschenrechte:

Zwangsvertreibungen, Morde an GewerkschafterInnen, extralegale Hinrichtungen, Folter und das „Verschwindenlassen“ sozialer AktivistInnen sind weit verbreitet. Während der Präsidentschaft von Alvaro Uribe (2002 - 2010) ist zwar die Anzahl der Massaker zurückgegangen, für MenschenrechtsverteidigerInnen und soziale Führungskräfte verschärfte sich die Situation jedoch durch gezielte Bedrohungen, Verleumdungen oder gar Mord.

An einem bedeutenden Teil der Menschenrechtsverletzungen waren und sind Polizei und Militär direkt oder indirekt über Allianzen mit paramilitärischen Gruppierungen beteiligt. Aber auch die gegen die Regierung kämpfende Guerilla verübt weiterhin systematisch Menschenrechtsverletzungen und wird ebenfalls für Morde, Entführungen, Zwangsrekrutierung und Vertreibungen verantwortlich gemacht. Die tiefe Verstrickung des Staates in die systematischen Verletzungen der Menschenrechte wurde insbesondere durch zwei Skandale belegt: Die Aufdeckung des Para-política-Skandals 2006 legte die engen Verbindungen von Mitgliedern des kolumbianischen Parlaments und lokalen Amtsträgern mit den Paramilitärs offen. Auch der direkt dem Präsidenten unterstehende Geheimdienst DAS ging und geht mit kriminellen Praktiken gegen Oppositionelle im In- und Ausland vor.

Zu diesem Schluss kam 2010 die kolumbianische Staatsanwaltschaft nach entsprechenden Recherchen.

Für GewerkschafterInnen ist Kolumbien nach wie vor das gefährlichste Land der Erde. Allein in den letzten beiden Jahren wurden in Kolumbien fast 100 GewerkschafterInnen umgebracht.

Diese Gewalt ist eng verbunden mit den alltäglichen, gewerkschaftsfeindlichen Praktiken in den Betrieben. Die am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung in Kolumbien ist die gewaltsame Vertreibung. Seit 1985 wurden über 4,6 Millionen Menschen – ein Zehntel der Bevölkerung Kolumbiens – zumeist von paramilitärischen Gruppen gewaltsam vertrieben. Ein Großteil der Opfer war dabei im rechtmäßigen Besitz von Land. In einigen Regionen ist der direkte Zusammenhang zwischen Vertreibung und wirtschaftlichen Interessen offensichtlich: Das geraubte Land dient dort vorwiegend der expandierenden Viehwirtschaft, dem Abbau von Roh-



Veranstaltung zu „EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien: Menschenrechte oder Konzerninteressen – auf welcher Seite steht Österreich, auf welcher Seite Europa?“ am 30. März 2011 mit Strickner/Attac, Regner/SPÖ, Leonhard/Mod., Garay/kol. Rechtsanwältin, Tovar/kol. Gewerkschafterin, Schwentner/Grüne, Foto: Susanne Schaudy



stoffen wie etwa Kohle oder Gold, oder es werden Ölpalmen, Zuckerrohr und Kakao auf agroindustriellen Plantagen angebaut. Der neue Präsident Juan Manuel Santos, der im August 2010 sein Amt angetreten hat, scheint zwar mehr auf Dialog zu setzen – hat er doch drei Gesetzesvorschläge zur Lösung der Vertreibungs- und Landproblematik sowie der Frage der Entschädigung der Opfer vorgelegt. Allerdings sind diese weder weitreichend genug, noch wurden die Betroffenen bei der Entwicklung mit einbezogen. Außerdem ist die Zahl der Massaker seit August 2010 wieder dramatisch angestiegen. Für den Schutz der Kleinbäuerinnen und -bauern und der Vertriebenen gibt es bisher seitens der Regierung noch keine Antworten.

### Das Freihandelsabkommen und seine Folgen

Den Handel mit einem Land auszuweiten, in dem wirtschaftliche Aktivitäten so häufig mit massiven Menschenrechtsverletzungen einhergehen, ist höchst problematisch.

Tatsächlich befürchten nicht nur kolumbianische Menschenrechtsorganisationen, dass die Umsetzung des Freihandelsabkommens die Menschenrechtssituation in ihrem Land weiter verschlechtern wird. Um vor allem Investoren aus dem Agrar-, Bergbau- und Energiesektor anzulocken, sollen durch das Abkommen Handelshemmnisse abgebaut und die Rechtssicherheit für Investoren verbessert werden. Die hierfür wirtschaftlich interessanten Flächen liegen fast immer – in manchen Fällen bis zu 50 Prozent – auf Territorien indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften. Die Durchführung von Megaprojekten findet jedoch in der Regel ohne deren freie, vorherige und informierte Zustimmung“ statt – die laut UN-Erklärung der Rechte für indigene Völker erforderlich wäre. Allein für den Bergbau soll sich die bisherige Fläche verzehnfachen – hierdurch könnten beispielsweise Vertreibungen und der Druck auf die Kleinbauern, ihr Land billig zu verkaufen, massiv zunehmen. Das Freihandelsabkommen dokumentiert zudem nicht nur das Scheitern des zunächst angestrebten biregionalen Assoziationsabkommens. Es wird auch die Konflikte innerhalb der

Andengemeinschaft verschärfen und die Bemühungen um eine vertiefte regionale Integration erschweren. Weiterhin wird das Abkommen die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den europäischen Industriestaaten und den lateinamerikanischen Rohstofflieferanten verfestigen, wie folgende Beispiele verdeutlichen.

### Liberalisierung des Güterhandels

Vordergründig öffnet sich die EU für Agrargüter-Importe aus den Anden: Rohes Palmöl wird Zollfreiheit genießen, der Zoll auf Bananen soll bis 2020 kontinuierlich sinken, die zollfreien Kontingente für Zucker und Rindfleisch wachsen. Auch Ethanol und Biodiesel erhalten freien Marktzugang. Diese Vergünstigungen könnten der Landbevölkerung Kolumbiens allerdings eher schaden als nutzen:

Wird nämlich die Landnahme für die Produktion dieser flächenintensiven Agrarexportgüter weiter vorangetrieben, ist mit einer Zunahme der gewaltsamen Landkonflikte und einem größeren Druck auf die Kleinbäuerinnen und -bauern zu rechnen. Für Palmpflanzungen beispielsweise wächst der Flächenbedarf schon jetzt rasant – auch wegen des steigenden Bedarfs aus Deutschland. Mit einem Anteil von rund 40 Prozent sind deutsche Firmen zurzeit Hauptabnehmer der Palmöl-Exporte.

Hinzu kommt, dass die Liberalisierungspflicht auch für Kolumbien gilt.

Für Milch und Milchprodukte zum Beispiel muss Kolumbien seinen Markt binnen 15 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens vollständig öffnen. Exporteure aus der EU können dann ihre Milchprodukte zoll- und quotenfrei auf den kolumbianischen Markt bringen. In dem Andenland wären dann viele kleinbäuerliche ViehhalterInnen vom Bankrott bedroht, wie in anderen Ländern des Südens auch. Sie werden kaum in der Lage sein, dem durch die Milchimporte forcierten Wettbewerb standzuhalten.

### Dienstleistungen und Investitionen

Das Abkommen sieht für viele

Dienstleistungsbereiche weitreichende Liberalisierungen vor, etwa beim Kapitalverkehr. So soll Kolumbien europäischen Investoren grundsätzlich einen freien Kapitalfluss sicherstellen. Dies ermöglicht ihnen nicht nur einen reibungslosen Gewinntransfer, auch Kontrollen, die dem abrupten Kapitalabzug in Krisenzeiten vorbeugen würden, werden so verhindert. Von Liberalisierungen in anderen Bereichen werden insbesondere spanische Unternehmen profitieren, die schon heute bestimmte Kernsektoren in Kolumbien dominieren:

Zum Beispiel Telefónica in der Telekommunikation, Endesa im Bereich Energie, Repsol im Öl- oder Aguas de Barcelona im Wassersektor sowie die Banco Santander im Bankenwesen. Mit Zugeständnissen beim Marktzugang und der Inländerbehandlung ist Kolumbien der EU auch bei der Niederlassung von Investoren in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Bergbau- und Ölsektor weit entgegengekommen. Dies wird auch deutschen Firmen zugutekommen, welche schon jetzt in hohem Maße Rohstoffe aus Kolumbien importieren. So ist Kolumbien beispielsweise der zweitwichtigste Kohlelieferant Deutschlands. Insgesamt stärkt das Abkommen den Investorenschutz in erheblichem Maße, denn die Europäische Union könnte etwaige Verstöße gegen die Gleichbehandlungsgrundsätze vor den Streitschlichtungsmechanismen des Vertrages bringen und Kompensationen verlangen oder durch den Vertrag gewährte Handelsvergünstigungen aussetzen.

Unternehmen werden dadurch Rechte gewährt, ohne dass ihnen gleichermaßen Pflichten auferlegt werden, wie etwa Arbeits- und Umweltstandards. Der kolumbianische Staat verliert so wichtigen politischen Handlungsspielraum, beispielsweise in Bezug auf die Förderung lokaler Investoren, Produzenten und Produkte.

### Geistige Eigentumsrechte

Das Freihandelsabkommen dehnt den Schutz geistigen Eigentums aus. Was auf den ersten Blick positiv klingt, entpuppt sich schnell als Bedrohung beispielsweise für den Zu-



gang zu Medikamenten und Saatgut. Das Abkommen beinhaltet eine fünfjährige Sonderschutzfrist für Testdaten von transnationalen Pharmakonzernen. Dieser Schutz verlängert ihr Monopol, denn die einheimischen Hersteller von Generika müssten zuerst alle Testreihen nochmals wiederholen. Die Zulassung preisgünstigerer Nachahmer - Medikamente wird so erheblich behindert.

Das UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte warnt daher vor einem Anstieg der Medikamentenpreise und sieht das Recht auf Gesundheit, insbesondere bei Niedrigeinkommensgruppen, beeinträchtigt. Die Verschärfung geistiger Eigentumsrechte wird auch den Zugang von Bäuerinnen und Bauern zu Saatgut einschränken. Bisher sichert der Nachbau, Tausch und Weiterverkauf von Saatgut nicht nur die Sortenvielfalt der Kulturpflanzen, sondern auch den Lebensunterhalt von bäuerlichen Gemeinschaften. Durch die vorgesehene Stärkung der Rechte kommerzieller Züchter ist dieses traditionelle Saatgutssystem bedroht:

Die Erzeugung und Vermehrung eigentumsrechtlich geschützten Saatgutes ist dann nur noch mit der – kostenpflichtigen – Zustimmung der kommerziellen Züchter erlaubt.

Nutznieser dürften vor allem die europäischen Konzerne der Saatgutindustrie sein, wie etwa der deutsche transnationale Konzern Bayer CropScience, der in Kolumbien Saatgut und Pflanzenschutzmittel produziert und vertreibt. Die Anden sind einer der Hot Spots der Biodiversität der Erde:

Hier kommen knapp zehn Prozent aller weltweit vorhandenen Pflanzenarten vor. Indigene und lokale Gemeinschaften der Andenländer verfügen über ein reiches traditionelles Wissen der Heil- und Medizinalpflanzen. Dies weckt Begehrlichkeiten der Pharma- und Biotechindustrie.

Das Freihandelsabkommen kommt diesen entgegen und verlangt von Kolumbien, die Beantragung von Patenten auf biologisches und biochemisches Material zu vereinfachen. Grundlage hierfür ist der internationale „Budapester Vertrag“ von

1977, der es Unternehmen ermöglicht, Pflanzen und Mikroorganismen quasi als eigene Erfindung zu deklarieren und patentrechtlich schützen zu lassen. Dadurch können diese Unternehmen z. B. Heilpflanzen mittels Patentierung exklusiv nutzen und verwerten, ohne die lokalen, meist indigenen Gemeinschaften an den Profiten beteiligen zu müssen.

### **Zahnlose Sozial- und Umweltstandards nutzen niemandem**

Ein entscheidender Mangel des Freihandelsabkommens ist die Schwächung der Sanktionsmöglichkeiten insbesondere bei Streitfragen zu Arbeits- und Umweltstandards.

Während das Abkommen die Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind, als „essenzielles Element“ anerkennt, ist dies für Arbeits- und Umweltstandards, etwa die ILO-Kernarbeitsnormen, nicht der Fall. Verletzungen dieser Standards sind somit vom vorgesehenen Streitschlichtungsmechanismus ausgeschlossen, und Sanktionen wie die zeitweise Aussetzung von Zollvergünstigungen oder gar des gesamten Abkommens können so nicht angewendet werden. Selbst Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen können lediglich einem Rat für Handel und nachhaltige Entwicklung vorgetragen werden – einem Gremium, dessen Beschlüsse keinen verbindlichen Charakter haben. Zudem können nichtstaatliche Akteure diesen Rat nicht anrufen. Da bleibt das Exklusivrecht der beteiligten Regierungen. In Wirklichkeit bedeutet das Freihandelsabkommen einen Rückschritt hinter bereits bestehenden Sanktionsmöglichkeiten. Denn über das sogenannte Allgemeine Präferenzsystem (APS) hat die EU bereits heute die Möglichkeit, bei schweren und systematischen Verstößen Kolumbiens gegen menschen- und arbeitsrechtliche Konventionen oder gegen internationale Umweltabkommen Handelsvergünstigungen zeitweise auszusetzen.

Die Wirkung ist zweifelhaft, da die EU diese Möglichkeit bislang nicht genutzt hat. Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens aber würden das APS und damit seine immerhin theoretischen Sanktions-

möglichkeiten gegenüber Kolumbien ihre Gültigkeit verlieren. Die vorgesehenen Sozial- und Umweltstandards des Abkommens würden somit vollends zum zahnlosen Papier tiger.

### **Ratifizierung stoppen**

Es liegt auf der Hand: Das Freihandelsabkommen wird vor allem europäischen und kolumbianischen Groß-Unternehmen sowie der kolumbianischen Agrarindustrie nutzen.

Zudem besteht die Gefahr, dass das Freihandelsabkommen die regionale Integration der Andenländer unterminieren und die Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen sowie die Privatisierung öffentlicher Güter beschleunigen wird. Die soziale Kluft könnte vergrößert und die Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung würden massiv behindert werden. Das Abkommen weist insgesamt erhebliche soziale und ökologische Risiken und einen Mangel an effektiven Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen gegen internationale Normen auf. Es ignoriert die prekäre Lage der Menschenrechte in Kolumbien ebenso wie die Forderung nach einer Beteiligung der Zivilgesellschaft. Bei Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen stößt das Freihandelsabkommen daher auf breite Ablehnung.

Im November 2009 gaben über 200 Organisationen aus den Andenländern und Europa eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie die Aussetzung der Verhandlungen fordern. Dass dies nicht ganz aussichtslos ist, zeigen Beispiele aus den USA, Norwegen und Belgien, wo ähnliche Verträge insbesondere wegen der prekären Menschenrechtssituation in Kolumbien verhindert werden konnten.

**Marco Klemmt**

### **Quelle:**

[http://amerika21.de/termin-2011/03/26018/geschaeftsinteressen-basierend-auf:](http://amerika21.de/termin-2011/03/26018/geschaeftsinteressen-basierend-auf)

„Die zweite Eroberung? Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru?“ von Thomas Fritz, Hg. FDCL und TNI, September 2010



## Ein Aufruf zu Wahrheit und Frieden

Stellungnahme und Kampagne der lateinamerikanischen Schwesterorganisation des *Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR)* zu Anschuldigungen gegen Friedensnobelpreisträger *Adolfo Pérez Esquivel*.

Am 21. Februar diesen Jahres stellte der ex-Präsident Kolumbiens Uribe Vélez über Twitter die Integrität und das ethische Engagement unseres internationalen Präsidenten in Frage und beschuldigt ihn, Aufträge für die FARC zu erledigen, „ein verleumderischer Nobelpreisträger im Dienst kolumbianischer Terroristen zu sein“ und stellte die Frage „Sind Sie Friedensnobelpreisträger?“

Diese Äußerungen kommen zu früheren hinzu, die Uribe im Jahr 2010 machte, als er A.P. Esquivel als „nützlichen Idioten“ bezeichnete. In den 37 Jahren seines durch die aktive Gewaltfreiheit geprägten Engagements an der Seite der lateinamerikanischen Völker hat SERPAJ dafür gekämpft, die strukturellen Ursachen der Gewalt sichtbar zu machen, die Völker und Menschen an den Rand drängen, unterdrücken und ausschließen.

### Den Aufbau des Friedens als Frucht von Gerechtigkeit

Adolfo Pérez Esquivel ist seit je eine Leitfigur auf der Suche nach politischen und sozialen Veränderungen, die unabhängig von Grenzen und Staaten für alle als eine unauflösliehen Einheit zu Friede und Gerechtigkeit führen. In Kolumbien haben wir das Leiden der direkten Opfer eines bewaffneten Konflikts festgestellt, - ergänzt: in Kolumbien der trotz der Bekundungen gutem Willens seitens der Internationalen Gemeinschaft andauert. - Milliarden von Dollar werden in Militärpläne gegen den „Anti-Drogenkrieg“ investiert und Sicherheitsaufgaben werden an boomende private Sicherheitsfirmen übertragen - in Kolumbien und in der ganzen Region - als handle es sich dabei um gute Praktiken.

Wir unterstreichen die Aussagen, die der Friedensnobelpreisträger beim Treffen „Frieden schaffen in Kolumbien“ machte, als er sagte: „*Unter den Faktoren, die das Vorankommen der Friedensbemühungen in Kolumbien erschweren, sind die Straflosigkeit für die Verbrechen gegen die Menschheit, die Situation des Paramilitarismus, die weiterhin besteht, und die Verantwortung der Vereinigten Staaten zu nennen.*“



v.l.n.r.: 50 Jahrfeier (2003) mit Chantal Razafindranovy, Mairead Corrigan Maguire,, Adolfo Pérez Esquivel und Hildegard Goss-Mayr, Foto: Versöhnungsbund

Weit davon entfernt, die gewalttätigen Angriffe der einen oder anderen Seite des Konflikts rechtfertigen zu wollen, betonen wir die Verletzung des Rechts auf Frieden, Souveränität und Selbstbestimmung, die das kolumbianische Volk seit fast sechs Jahrzehnten erleidet. Wir können jedoch nicht darauf verzichten, den Staat für die Nicht-Einhaltung seiner Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte verantwortlich zu machen. Noch schwerwiegender ist, dass die Regierung mit dem Ziel oder unter dem Vorwand bewaffnete Gruppen zu bekämpfen extrem gewalttätige Institutionen aufbaut, die Polizisten, Militärs und Politiker einbeziehen. Ohne Zweifel war die Politik des Paramilitarismus das entscheidende Element für die Massaker, Auftragsmorde und erzwungene Vertreibung von Millionen KolumbianernInnen.

**SERPAJ-Lateinamerika** ist davon überzeugt, dass die gewalttätigen Äußerungen und diffamatorischen Aussagen gegen unsere Führungspersönlichkeit, einer integren Persönlichkeit, die Synonym für die Übereinstimmung von Rede und Handeln für den Frieden ist, nur die Meinung festigen wird, die die internationale Gemeinschaft von Uribe Vélez hat. Während seiner Regierungszeit wurden durch Handlungen und/oder Unterlassungen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen, die sich gegen sein eigenes Volk richteten. Da er nicht in der Lage war, diese Grausamkeiten zu verbergen oder zu rechtfertigen, hat er sich da-

zu entschlossen all jene einzuschüchtern, zu kriminalisieren und gerichtlich zu verfolgen, die dieses Tun sichtbar machen.

**SERPAJ-Lateinamerika** ist überzeugt, dass die antagonistische Logik, die darin besteht, Andersdenkende zu Feinden oder Terroristen zu erklären, auf unserem Kontinent Spuren hinterlassen hat, die noch heute das demokratische Zusammenleben erschweren. Weit davon entfernt Bedingungen für den Frieden zu schaffen, erzeugen gewalttätige Lösungen, die „den Feind auslöschen“ wollen, von einem kaum zu verbergenden Interesse den Konflikt verlängern zu wollen, um daraus persönlichen Nutzen zu ziehen.

Wir laden alle friedensstiftenden und friedensverteidigenden Menschen - von nah und fern, aus Lateinamerika und der Welt ein, sich dieser Erklärung anzuschließen und den kolumbianischen Staat aufzufordern, ohne weiteren Aufschub den Prozess, der zu Wahrheit und Gerechtigkeit führt, in Angriff zu nehmen und die andauernden Verbrechen und Übergriffe aufzuklären.

**Quelle und Kontakt:**  
**Servicio Paz y Justicia en América Latina - CLA,**

**Gustavo Cabrera Vega**  
**E-Mail: [serpajal@racsa.co.cr](mailto:serpajal@racsa.co.cr)**

**Ana Juanche**  
**E-Mail: [a.juanche@hotmail.com](mailto:a.juanche@hotmail.com)**  
**[www.serpajamericalatina.org](http://www.serpajamericalatina.org)**

**Kontakt: Lateinamerika-Komitee des Versöhnungsbundes: [rolandmex@gmx.at](mailto:rolandmex@gmx.at)**  
**Spendenkonto: PSK, BLZ 60000, Kto.nr. 1.155.002**



Straflosigkeit für faire und vor allem durchgeführte Prozesse kämpfen und für das Recht auf das Recht, die Menschenrechte zu verteidigen. Mutig zu sein, aufzustehen und für die fundamentalen Menschenrechte einzutreten, wird leicht zum eigenen Todesurteil. *„Drohungen stehen auf der Tagesordnung“*, erzählt uns Matilda\*, eine Menschenrechtsaktivistin aus Bogotá, *„doch wir haben keine Angst, keine Angst vor dem Leben, keine Angst vor der Wahrheit.“* Morde, die alternative Führungspersonalitäten dieser Art zum Schweigen bringen sollen, sind gang und gäbe.

Bedrückend, überwältigend, manchmal beinahe unglaublich sind die Fakten dieses von Gewalt durchzogenen Landes, in dem sich die Gewalt zum Teil als Selbstverständlichkeit in den Köpfen vieler Menschen eingenistet hat. Doch immer wieder dieser Satz, in so vielen Treffen und Begegnungen mit Menschen in Bogotá und Medellín: *„Pero seguimos adelante.“* Aber wir gehen weiter.

In verschiedensten Treffen beeindruckt uns GewerkschafterInnen, Abgeordnete des POLO Democrático, einer Oppositionspartei, AnwältInnen, die Klagen gegen Multinationale Konzerne vorbereiten, Organisationen, die die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung zu erreichen und stärken versuchen, ein Jugend-Netz, das Alternativen zur Gewalt anbietet, Arbeitsgemeinschaften von Kleinbauern und viele andere mehr.

Nach Tagen voller Input und Begegnungen in den Städten fahren wir das erste Mal weiter aufs Land, die wundervolle üppige Landschaft, die sanften Rücken der grünen, vollbewachsenen Hügel genießend. Militäruniformen und Panzer am Weg sind es, die uns immer wieder die Realität vor Augen führen.



**Daniela Härtl, Mira Hurch, John, Marion Hiptmair, Natalia Zambrano Jaramillo, Silvia Udway, Sophia Beck-Mannagetta**

*„...doch das Leben geht weiter, und ich schlafe seit einigen Monaten auch nicht mehr aus Angst unter dem Bett“*, sagt Eva\* am Ende eines berührendes Gesprächs. Sie wurde – wie fast 100% der Kleinbauern im Osten Antioquiens – von ihrem Land vertrieben und zählt somit zu den vier Millionen Binnenflüchtlingen im Land – weltweit steht Kolumbien an zweiter Stelle der Anzahl der Internen Vertriebenen, nach dem Sudan. Weltweit ist es das am stärksten vermint Land, einer von vielen Möglichkeiten der Landvertreibung.<sup>3</sup> Binnenflüchtlinge in Kolumbien erhalten vom Staat lediglich einen Bruchteil der Unterstützung, die demobilisierte Paramilitärs seit dem „ley de justicia y paz“ (Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden) zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft bekommen – für kürzere Zeit und weitaus geringere Summen. Der Prozess der Demobilisierung erfüllt jedoch auch laut internationalen Organisationen wie *Amnesty International* nicht die internationalen Standards bezüglich der Rechte von Opfern auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung; rund 90% derjenigen, die demobilisiert wurden, entgehen weiterhin

einer tatsächlichen Strafverfolgung und viele davon haben sich erneut militarisiert. Im Jahresbericht von Amnesty 2010 heißt es: *„Von 4 bis 6 Mio. Hektar Land, das sich Paramilitärs widerrechtlich angeeignet hatten, gaben nur einige wenige einen kleinen Teil zurück. Es wurde jedoch befürchtet, dass ein Teil dieses Landes erneut unter die Kontrolle paramilitärischer Gruppen oder ihrer Hintermänner fallen könnte. Einige der wenigen ursprünglichen Eigentümer, die ihr Land zurückerhielten, wurden bedroht oder getötet. Opfer oder deren Angehörige, die am Prozess für Gerechtigkeit und Frieden teilnahmen, wurden bedroht und getötet. Dies hielt viele Opfer davon ab, am Prozess teilzunehmen. Auch Personen, die sie begleiteten, und Justizbeamte, die Menschenrechtsverletzungen untersuchten, waren von Drohungen und Tötungen betroffen.“*<sup>4</sup>

Es macht uns sprachlos, diese Widersprüche und Zusammenhänge zu hören. In einem Treffen mit ca. 30 Campesinos aus der Gegend von Antioquien stellen wir die Frage, wer sich vom Bürgermeister repräsentiert fühlt. Bewegungslose



## SOLIDARITÄTSREISE

Stille nach einer unerhört scheinenden Frage. Niemand.

Es macht uns betroffen, immer mehr zu verstehen, WIE groß die Kluft zwischen dem kolumbianischen Staat und dem Großteil seiner BürgerInnen zu sein scheint. Wie sehr der neue Präsident *Juán Manuel Santos* die gleiche Politik wie sein Vorgänger *Álvaro Uribe* weiterführt – wenn auch in anderem Ton. Wie sehr er den Multis die Türen öffnet, um die Rohstoffreichtümer aus dem Land zu tragen, auch wenn in den Medien nur von seinem „ley de la restricción de tierra“, dem Gesetz der Landumverteilung, zu hören ist. Dass die geordnete Rückgabe von Land an Vertriebene auch den Multis in die Hände spielt, die geregelte Landtitel brauchen, um Land überhaupt erst kaufen zu können, steht wiederum nicht in der Zeitung – kein Wunder, eine der großen Tageszeitungen ist ja auch im Besitz von Santos' Familie.

Ja, und auch kein Wunder, dass der österreichische Botschafter wie auch der EU-Repräsentant in Kolumbien liebend gerne der Zukunft mit dem (ausgehandelten, doch noch nicht unterzeichneten) Freihandelsabkommen EU-Kolumbien entgegenschauen, wie wir uns vor Ort traurig überzeugen können – es hängt immer davon ab, wessen Perspektive man wählt.

Nach mehr als der Hälfte unseres Aufenthalts in Kolumbien meinen wir, uns an die ständige Präsenz von uniformiertem Militär an den Straßenecken einigermaßen gewöhnt zu haben. Und doch überkommt uns erneut dieses beklemmende Gefühl der drohenden Gefahr, wenn wir beim Aufstieg nach La Unión, einem der Dörfer der Friedensgemeinde, an über 15 Militärs innerhalb von wenigen Minuten vorbeigehen müssen.

„Frieden ist für uns nicht, von schussbereiten Militärs bewacht zu werden. Frieden ist für uns, ohne Angst vor den Nachbarn leben zu können – ohne Waffen“, erzählt Pete\* aus der Friedensgemeinde. In vier Tagen haben wir die Gelegenheit, dieses erstaunliche Projekt kennenzulernen: 1997, nach massiven Vertreibungen durch Paramilitärs, schlossen sich Campesinos der Gegend von Urabá zusammen und gründeten die *Comunidad de Paz de San José de Apartadó* (Friedensgemeinde von San José de Apartadó). Am Eingang sind ihre Grundsätze zu lesen:

- Teilnahme an der Gemeinschaftsarbeit
- NEIN zu Ungerechtigkeit und zur Straflosigkeit
- Keine Teilnahme im Krieg - weder direkt noch indirekt
- Kein Tragen von Waffen
- Keine Informationsweitergabe an - egal welche - bewaffnete Akteure

Ein zukunftsweisendes „Projekt des Lebens“, das dem „Staat des Todes ein Dorn im Auge ist“, wie es José\*, eines der Gemeinderatsmitglieder, formuliert. Nach 14 Jahren gelebter Alternative ist immer noch kein Ende der Drohungen, der Gewalt, der Grenzüberschreitungen in Sicht. „Der Staat will uns ausrotten“, meint J. weiter. „Ohne die internationale Präsenz würde es uns alle nicht mehr geben.“ Es sind drastische Worte, die da gewählt werden. Doch sie entsprechen der Realität in einem von Straflosigkeit geprägten Land. Die internationale Präsenz wirkt allein deshalb, weil die „Gefahr“ besteht, dass Morde nicht mehr unbestraft und ungehört vonstatten gehen könnten.

Uns fasziniert der Mut dieser Menschen, ihre leuchtenden Augen und ihre Geschichten. Trotz Drohungen, Verlust von Familienmitgliedern und FreundInnen etc. gehen

sie weiter ihren Weg – ihre Wahl für das Leben.

Auch wir gehen weiter, zurück nach Österreich.

Tragen mit uns diese Geschichten und den Wunsch der Menschen, die Realität ins Ausland mitzunehmen, die jenseits der offiziellen Medien herrscht. Roberto\* in Bogotá formuliert dies so: „Damit nicht mit Kolumbien das Gleiche passiert wie derzeit in Nordafrika: Dass die Weltbevölkerung nach 30 Jahren aufwacht und feststellt: Was? Hier gibt's bewaffneten Kampf? Hab ich ja gar nicht gewusst! Schrecklich...“.

Tragen mit uns ein Stück der Hoffnung dieser Menschen, dass dieses wunderschöne Land und seine Menschen Frieden finden werden.

### Seguimos adelante

#### MIRA HURCH

Mitglied der Delegationsgruppe  
aus Österreich

\* Alle mit einem \* versehenen Namen wurden aus Sicherheitsgründen geändert.

1) Die Zahlen stammen aus Mitschriften von Gesprächen in Kolumbien.

2) 2005 eingeführte Bezeichnung für „bandas criminales“, kriminelle Gruppen. Diese sind zu großen Teilen aus ehemaligen Paramilitärs hervorgegangen. In der Illegalität erlebten sie eine neue Blütezeit; zu Verbindungen zwischen kolumbianischem Militär und Paramilitärs/BACRIM gibt es eine Reihe von Untersuchungen.

3) Amnesty International: Leave us in peace. Targeting civilians in Colombia's internal armed conflict, London 2008

4) Amnesty International Report 2010. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, Frankfurt am Main 2010, S. 256





Im letzten Spinnrad veröffentlichten wir den Artikel von Daniela Pock "Jenseits der Gefängnismauern. Die gesellschaftliche Bedeutung von Bestrafung und ihre Überwindung im modernen Strafvollzug".

Ullrich Hahn hat uns unten stehenden Diskussionsbeitrag zu diesem Thema geschickt, der versucht, Strafe als Form der Gewalt aufzuzeigen und zu ihrer Überwindung beizutragen.

## **Strafe muss sein! – Muss Strafe sein?**

**Ullrich Hahn**

### **1. Strafe muss nicht sein**

Sie ist keine notwendige Konsequenz unrechten Tuns.

Sie heilt nicht die Wunde, die zuvor geschlagen wurde, sondern schlägt eine neue Wunde.

Strafe ist ein Übel. Sie gehört nicht zur Schöpfungsordnung, auch wenn wir uns an das Strafen ebenso gewöhnt haben wie an Krieg und Ausbeutung.

Beim Nachdenken über unsere Strafbedürfnisse und die staatliche Strafpraxis soll es deshalb nicht darum gehen, bessere, im Sinne von humaneren, Strafen zu suchen, sondern etwas, das besser ist als die Strafe.

### **2. Das Mittel der Strafe zur Überwindung von Kriminalität ist nicht nur ein Übel, sondern hält auch nicht, was man sich von ihm verspricht.**

*a. Strafe erschreckt zwar alle, die sie trifft, die Bestraften und deren Angehörige, aber sie schreckt nicht ab.*

Das belegen nicht nur alle Straftaten, die begangen wurden, obwohl die Täter zuvor von der Strafbarkeit wussten, sondern auch eine Vielzahl kriminologischer Studien und Kriminalstatistiken. Soweit ein Täter überhaupt vorher nachdenkt, ist es die Entdeckungswahrscheinlichkeit, die abschreckend wirkt, nicht aber die Höhe der Strafe.

### *b. Strafen bessern auch nicht.*

Wenn Menschen nach einer vollzogenen Strafe nicht rückfällig werden, liegt dies oft an vielen anderen glücklichen Umständen, die dazu beitragen, die seelischen Wunden der Vergangenheit und der erlittenen Strafe zu überwinden: dem eigenen starken Willen, familiären und anderen guten Beziehungen, einer eröffneten Lebensperspektive etc.

*c. Strafen und insbesondere Gefängnisse machen unser Leben nicht sicherer. Je länger Menschen eingesperrt sind und die Demütigung der Bestrafung erfahren, desto schwieriger wird es für sie, sich draußen in Freiheit wieder zurechtzufinden und ein Leben ohne Straftaten zu führen.*

Am deutlichsten ist dies bei den Straftätern, die auch nach Verbüßung ihrer Strafe noch eine unbestimmt lange Zeit in Haft bleiben müssen.

Die Praxis der Sicherungshaft ist unser eigenes Guantanamo.

### **3. Die Strafe dient überwiegend anderen als den offiziell genannten rationalen Zwecken:**

*a. zur Herrschaftssicherung gegen oppositionelle Bestrebungen;*

*b. dem Vergeltungsbedürfnis der Öffentlichkeit, welches vor allem bei schweren Straftaten oder prominenten TäterInnen durch die Medien geschürt wird.*



Wie wir aus kriminologischen Studien wissen, entspricht dieses Vergeltungsbedürfnis weniger dem Rehabilitationsinteresse der Opfer als vielmehr einer in ihrem Ausmaß irrationalen Verbrennungsfurcht in der Bevölkerung, derer sich die Politik nur zu gerne bedient.

### **4. Verzicht auf Strafe meint demgegenüber nicht einen Verzicht auf die notwendige Reaktion auf unrechtes Verhalten.**

Notwendig bleiben

*a. die Feststellung der Verantwortlichkeit des/der TäterIn in einem justizförmigen Verfahren; hierzu gehört auch die vorangegangene Ermittlungstätigkeit der Polizei. Die Auseinandersetzung mit dem erfahrenen Unrecht ist nicht nur die Privatsache des Opfers, sondern steht auch in der Verantwortung der Gesellschaft.*

*b. die Vergewisserung dessen, was Recht ist, indem der Täter sich zu verantworten hat und das Opfer ihm und der Allgemeinheit gegenüber rehabilitiert, d. h. ins Recht gesetzt wird.*

*c. die Verpflichtung des Täters zu Schadensersatz, zur Wiedergutmachung*



## KOMMENTAR



chung, eventuell auch der Entzug missbrauchter Rechte und Positionen (Fahrerlaubnis, Berufserlaubnis etc.)

d. In Bezug auf den/die TäterIn geht es dabei vor allem auch um die Vermittlung von Einsicht in sein Tun und um die notwendige Hilfe, den – oft vorhandenen – guten Willen bei willensschwachen Menschen zu stärken und zu unterstützen.

**5. Politisch muss es darum gehen, Vergehen und Verbrechen vorzubeugen, statt sie anschließend zu bestrafen.** Dazu gehört

a. das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, d.h. einer Gesellschaftsordnung, in der jeder Mensch Anerkennung und Aufnahme in der Gemeinschaft erfährt und eine Perspektive für gelingendes Leben finden kann;

b. eine Erziehung zur Eigenverantwortung, z. B. auch durch Gleichbehandlung der noch illegalen mit den legalen Drogen und entsprechender Entkriminalisierung des Betäubungsmittelrechts.

Gegen die Selbstschädigung durch Drogenkonsum helfen keine Strafen, sondern – nicht anders als bei Nikotin und Alkohol – die Information für die Allgemeinheit über die darin liegenden Gefahren und im Einzelfall sozialpädagogische, psychotherapeutische und ärztliche Hilfe.

**6. Zur Aufklärung im Rahmen einer vernünftigen Kriminalpolitik** gehören auch

a. das Wissen darum, dass es vollkommene Sicherheit vor Straftaten weder mit noch ohne Gefängnisse gibt und

b. wir auch als unbescholtene BürgerInnen dunkle Seiten in der eigenen Seele besitzen, die zu Projektionen und dem Verlangen nach Sündenböcken führen.

7. Die **Kirchen** könnten eine solche Aufklärung unterstützen, indem sie Abschied nehmen von den Bildern eines strafenden Gottes einerseits und eines bösen Menschen andererseits, der als Kind schon Züchtigung und als Erwachsener Strafe verdient.

Richtig dürfte sein, dass wir als Menschen immer wieder der Vergabung bedürfen, weil wir nicht alle unsere Versprechen halten können.

**8. Die Vorstellung einer Gesellschaft, die nicht mehr straft, scheint utopisch zu sein.** Mit einer schnellen Überwindung unseres Strafsystems können wir deshalb nicht rechnen, und wenn überhaupt, dann nur in kleinen Schritten.

Hoffnung gibt allerdings das Wissen darum, dass es keine Sachzwänge sind, die für die Aufrechterhaltung des herkömmlichen Strafrechts sprechen, sondern eine öffentliche Meinung und unsere persönlichen Schwierigkeiten, mit fremder und eigener Schuld und Unrecht umzugehen. Diese sind aber veränderbar. Dazu müssen wir keine anderen Menschen werden als wir es sind, sondern nur bereit sein, umzudenken.

---

*Ulrich Hahn ist Rechtsanwalt und Präsident des deutschen Versöhnungsbundes*

*entnommen aus:*

[www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)

**E**s ist für mich eine große Ehre, dass ich berufen wurde, IFOR als Präsident zu dienen. Das war weder mein Plan noch meine Erwartung gewesen. Ich möchte euch dafür danken, dass ihr mir die Aufgabe anvertraut habt, dem Internationalen Komitee (ICOM) und IFOR vorzustehen. Es erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit und großer Freude, dass ich nun die Gelegenheit habe, mit euch allen in dem Vermächtnis von Mahatma Gandhi und Dr. Martin Luther King Jr. und vielen anderen zu arbeiten, zusammen mit den innovativen und mutigen Zweigen und Gruppen aus der ganzen Welt.

Wenn wir hier beisammen sind, so ist es deswegen, weil wir alle an die Gewaltfreiheit glauben und für sie Zeugnis ablegen. In diesem besonderen Augenblick habe ich das Bedürfnis, ein paar Sachen zu sagen, im Sinn von Marksteinen, die ich setzen möchte.

Ich möchte auf drei Dinge eingehen:

1. Liebe, Gewaltfreiheit und Frieden, Gewalt und Konflikt
2. Versöhnungsbund, IFOR
3. Etwas über mich selbst (s. Spinnrad 4/2010)

### **Liebe, Gewaltfreiheit und Frieden, Gewalt und Konflikt**

● Gewaltfreiheit ist eine Kraft, die zur Liebe gehört. Gewaltfreiheit befindet sich innerhalb der Liebe, ist ein Teil von ihr. Liebe umschließt die Gewaltfreiheit. Wer Gewalt ausübt gegen jemanden, den er oder sie liebt, verrät in diesem Moment die Liebe. Gewalt ist, wie Angst, außerhalb der Liebe. Liebe ist nicht in erster Linie etwas Sentimentales, sie bezieht sich auf Anerkennung, Respekt und Zärtlichkeit. Liebe bildet den Kern jeder Religion und jeder religiösen Bestrebung. Dort, wo das nicht so ist, wird Religion



## ***Einführungsrede von Hans Ulrich Gerber, Präsident des International Fellowship of Reconciliation***

schnell instrumentalisiert und missbraucht zur Rechtfertigung von Gewalt.

- Das Gegenteil von Gewalt ist nicht Friede, sondern Zärtlichkeit. Ebenso ist das Gegenteil von Friede nicht Konflikt. Friede ist vielmehr die Frucht von Gewaltfreiheit und Zärtlichkeit.

- Die Vermischung von Konflikt und Gewalt, wie sie sich in den Medien, religiösen Kreisen und auch in der Friedensbewegung findet, ist der Sache sehr wenig dienlich. Allgemein sieht man Gewalt als die Folge eines Konflikts an. Ein Konflikt kann zwar in Gewalt ausarten. Aber meist hat Gewalt ihre Wurzeln in anderen Faktoren: in Gier, in der Suche nach Macht und Profit, Unterhaltung und Vergnügen, oder aber in Langeweile und Dummheit. Konflikt ist eher etwas Natürliches und in seiner Essenz Neutrales und damit vielmehr das Gegenteil als die Ursache von Gewalt.

- Während die Friedensbewegung schon sehr alt ist, ist Gewalt im Sinne von kollektiver Unordnung/Krankheit erst seit meiner Generation Gegenstand der Erforschung. Unsere Gesellschaft, wir inbegriffen, arbeiten noch immer mit denselben überholten Sichtweisen, was die Bedeutung von Gewalt und ihrer Mechanismen betrifft. Gewalt verhindert die Auseinandersetzung mit einem Konflikt und verhindert, dass er konstruktiv gesehen werden kann. Deshalb müssen wir nicht nur Gewaltfreiheit durch Frieden und Gerechtigkeit suchen, sondern wir müssen auf ganz praktische Weise der Gewalt vorbeugen und sie verhindern.

- Und zuletzt: Pazifismus hat eine große Geschichte und es ist daher nicht grundlos, dass KönigInnen, HerrscherInnen, Regierungen und Institutionen sich vor ihm fürchten. Heutzutage jedoch haben sie wenig Grund sich zu fürchten, weil die gewaltfreie Bewegung kaum spürbar ist. Sie ist da, sie existiert, aber sie ist zersplittert und zerstreut und weigert sich, sich wirksam zu vernetzen und koordiniert zu werden. Die Welt erinnert sich gut an Gandhi und King und andere, aber sie erinnert sich nicht mehr, von welcher Relevanz und welcher großen Herausforderung ihre Überzeugung und Praxis war. Ich glaube jedoch, dass die Zeit für die Gewaltfreiheit gekommen ist, nicht weil wir dazu fähig sind ("we can"), sondern weil sie die Zukunft ist und die Menschen das mehr und mehr erkennen. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit wurde Gewalt öffentlich so angeprangert und verurteilt wie in unserer Zeit. Nie zuvor in der Geschichte der Welt wurde den Opfern so viel Stimme gegeben wie in unseren Tagen. Lasst uns diese entscheidende, gefährliche, aber auch unglaublich hoffnungsträchtige Zeit nützen, um die Gewaltfreiheit voran zu bringen.

### **Der Versöhnungsbund – IFOR**

Der Versöhnungsbund wurzelt in Spiritualität und wir, seine Mitglieder, glauben an die Kraft der aktiven Gewaltfreiheit und arbeiten an ihrer Umsetzung. In all dem sind wir, wer wir als menschliche Wesen sind: Unvollkommene, manchmal von Angst getragene und oft verwirrte Menschen, die geliebt werden wollen.



Damit wir es klar sehen: Gewaltfreiheit und Frieden sind nicht unser Besitz und noch weniger die Liebe – es ist vielmehr so, dass Liebe, Frieden und Gewaltfreiheit uns ergriffen haben, sie wollen, dass wir zu ihnen gehören. So wie einige ChristInnen das Gefühl haben, sie besitzen die Wahrheit oder Jesus oder die Bibel, so sind PazifistInnen in Gefahr anzunehmen, dass sie auf Gewaltfreiheit ein Monopol haben und die Menschen fern dieser Bewegung für verlorene Seelen und für nutzlos halten. Ich glaube, dass Demut für PazifistInnen angesagt ist und dass es unter den Nicht-PazifistInnen sehr viel gewaltfreies und liebevolles Tun gibt. Unsere Aufgabe ist es, das Licht in anderen Menschen, wer immer es sein mag, zu entdecken und zum Leuchten zu bringen.

Das ist der Grund, warum ich mit uns weniger tolerant bin, wenn es darum geht, wie wir unsere institutionellen und organisatorischen Spiele spielen. Genau deswegen, weil wir den Anspruch auf Gewaltfreiheit als das Unsere erheben, müssen wir absoluten Respekt, Transparenz und Fairness von uns verlangen und auch ausüben, in der Weise wie wir agieren und zu-



IFOR

sammenarbeiten. Wir müssen Platz machen für Spannungen und Konflikte und sie ernst nehmen, aber nicht zu ernst. Oft könnten wir Konflikte und Kränkungen durch Achtsamkeit, Feinfühligkeit und Zuhören, aber auch durch Loslassen, verhindern.



Der Versöhnungsbund hat ein großes Vermächtnis, er beruft sich auf große Persönlichkeiten als Mitglieder und Vorbilder, und seine Botschaft und seine Vision ist großartig, prophetisch, gewagt und riskant wie je. Daher verdient der Versöhnungsbund und das, wofür er steht, mehr Sichtbarkeit und mehr Profil in unserer Gesellschaft.

Das Council hat gerade mehrere neue Mitgliedsorganisationen willkommen geheißenen. Und ich war beeindruckt darüber, dass sie sehr profilierte, in der Öffentlichkeit stark sichtbare und hoch motivierte Gemeinschaften sind. Sie dienen uns als Beispiel. *Da ist Hoffnung für den Versöhnungsbund!* Ich war auch sehr beeindruckt von unserem Projekt *Frauen als Friedensstifterinnen* (WPP) – im Moment habe ich den Eindruck, dass IFOR mehr auf den Schwingen von WPP reitet als umgekehrt. Ja, wir müssen das System unseres Managements synchronisieren und unsere Beziehung klären.

Die neuen Mitglieder machen einmal mehr deutlich, dass sich die Aktivitäten der IFOR Mitgliedsorganisationen vom globalen Norden in den globalen Süden verschieben. Die Zweige in Schweden und den USA gehören aus historischer Sicht

zu unseren größten. Aber wir haben in den letzten Tagen von der Anzahl der Menschen gehört, die in die Projekte unserer neuen Zweige in Afrika und Asien involviert sind. Wir sind zwar eine globale Gemeinschaft, aber eine Europa-zentrierte Organisation: Büro, Angestellte, institutionelle Handhabung. Das kann nicht über Nacht geändert werden. Die meisten Organisationen versagen, wenn sie sich ändern sollen. Die, die es zustande bringen, brauchen lange. Geduld ist angesagt. Dieses Council war gerade Zeuge von etwas, was wahrscheinlich nicht weniger ist als eine Erdbeben-Veränderung in Richtung Süden, was IFOR's zahlenmässiges Engagement und Projektrealität betrifft.



Wir diskutierten in den letzten Tagen ausführlich über die Gemeinschaft - Netzwerk - NGO Natur von IFOR. Klar ist, der Versöhnungsbund ist eine globale Körperschaft und zeigt in manchem die Merkmale einer internationalen Organisation. Wie das aber leider so ist, internationalen Organisationen fehlt Effektivität und sie leiden unter institutioneller Dysfunktion. Auch als pazifistische Gruppe entgehen wir diesen Übeln nicht.

Ich sehe den Bedarf, dass die gegenwärtige gemeinschaftliche Kultur im Versöhnungsbund vorsichtig durchdacht werden muss. Das ist vor allem wichtig wegen der Verschiebung nach Süden, aber auch wegen einer Art von Gewohnheit, die ich innerhalb IFOR's glau-

be beobachten zu können. Wann immer eine Lücke oder Unklarheit auftritt, gibt es die Tendenz, schnell eine neue Regel zu kreieren oder eine Erweiterung des institutionellen Apparats. Dabei werden die gesamte Komplexität und die dadurch längerfristig betroffenen Themenbereiche zuwenig bedacht. Bei einem intensiven Beisammensein, weggeschlossen von unserer täglichen Wirklichkeit, können wir uns leicht verlieren in Wunschdenken und unrealistischen Forderungen. Deshalb ist es wichtig, nicht voreilig Folgerungen zu ziehen und sich auf Lösungen zu stürzen.

Folgende drei Prioritäten werden die Arbeit von IFOR in den nächsten Monaten bestimmen:

- Evaluierung und Klärung der organisatorischen, finanziellen, betrieblichen und Verwaltungs- Situation. Das umfasst die Anstellungen im internationalen Büro, die Anpassung der Büroföhrung, die Klärung der Beziehung zwischen dem internationalen Sekretariat und WPP und die Konzentration auf die Konsolidierung und Erhöhung des Einkommens von IFOR.
- Die Verbindung zu den BGAs (Zweige, Gruppen, affillierte Organisationen) durch die Einrichtung und Konsolidierung des Kommunikationsflusses und Austausches wieder herzustellen.
- Das Profil und die Sichtbarkeit von IFOR im Hinblick auf unser 100-jähriges Jubiläum zu erhöhen. Damit werden wir uns im Zusammenhang mit der Planung der Jahrhundertfeier 2014 und in Verbindung mit dem nächsten Council befassen.

---

18. November 2010 in Baarlo, NL

Übersetzung: Marion Schreiber



## **Die Macht der Jugend in der gewaltfreien Aktion: Die ägyptische Revolution 2011**

Viele denken, dass ein Mensch ein gewisses Alter, Weisheit und Erfahrung haben muss, um der Welt ein anderes Gesicht zu geben. Die Revolution in Ägypten hat der Welt allerdings bewiesen, dass es keine speziellen Voraussetzungen braucht, wenn es darum geht, Veränderung zu erreichen. Statt dass ältere ÄgypterInnen das Feuer entfacht hätten, war es die Jugend, die die Nation dafür begeisterte, die Führung herauszufordern.

Als soziale Online-Netzwerke an Popularität gewannen, griff die Jugend Ägyptens zum Internet, um ihrer Frustration Luft zu machen und um mit anderen, die ihre Gefühle über die Autokratie der Regierung, die Brutalität der Polizei und die ständig steigende Armut der Bevölkerung teilen, in Kontakt zu treten. Durch diese sozialen Netzwerke konnten junge AraberInnen untereinander in Verbindung treten und andere finden, die in ihrem Land Veränderungen sehen wollten. Beispielsweise baute *Ahmed Maher*, nachdem er 2008 mit einem Blog begonnen hatte, die Facebook-Gruppe *„Jugendbewegung 6. April“* auf, um zur Unterstützung eines landesweiten Streiks am 6. April aufzurufen, der die zu dieser Zeit vereinzelt stattfindenden Arbeitsniederlegungen, die aus Frustration über die Regierung durchgeführt wurden, stärken sollte.<sup>1</sup>

Dem Beispiel ihrer ägyptischen KollegInnen folgend riefen junge Menschen in Tunesien die Facebook-Gruppe *„Progressive Jugend Tunesiens“* ins Leben, um über ihre Frustrationen und ihre Ideen für Veränderungen im Land zu diskutieren. Über dieses Online-Forum konnten ÄgypterInnen und TunesierInnen ihre Ideen und Theorien

zu Gewaltfreiheit und gewaltfreier Aktion über die Grenzen hinweg austauschen. In den Ideen des US-amerikanischen politischen Frei-denkers *Gene Sharp* fanden sie eine gemeinsame Basis. Gene Sharp legt dar, dass Gewaltfreie Aktion in vielen Fällen angewendet werden kann, angefangen vom Sturz einer Diktatur bis hin zum Widerstand gegen Genozid.<sup>2</sup> Die von Gene Sharp beschriebenen Theorien und Aktionen fassten die Gedanken vieler ägyptischer Jugendlicher in Worte. Nachdem ein junger Ägypter von der Polizei zu Tode geprügelt worden war, wurde, initiiert von *Wael Ghonim*, die Facebook-Gruppe *„Wir sind alle Khalid Said“* aufgebaut. Wael Ghonim nutzte das Forum, um andere junge Menschen über Demokratiebewegungen zu informieren. Die „Jugendbewegung 6. April“ und Wael Ghonim schlossen sich zusammen und planten, den jährlichen Protest zum „Tag der Polizei“, den 25. Jänner, in ein Großereignis zu verwandeln. Diese Nachricht wurde über die Blogs und Facebook-Gruppen verbreitet, und so gelang es den jungen Menschen, ein Ereignis in einer Größe zu ermöglichen, die selbst ihre eigenen Erwartungen übertraf.

Zehntausende junge ÄgypterInnen marschierten am 25. Jänner zum Tahrir Platz und wurden dort von der Polizei mit Tränengas und anderen aggressiven Maßnahmen empfangen. Trotzdem ließen sich die Jugendlichen nicht vertreiben und kamen am 28. Jänner, dem *Tag des Zorns*, zurück. Sie waren darauf vorbereitet, auf alles, was die Polizei gegen sie zu verwenden beabsichtigte, gewaltfrei zu reagieren. Diese Vorbereitungen umfassten das Mitbringen von Zitronen

und Essig, um dem Tränengas entgegen zu wirken, und von Panzerungen aus Karton und Plastikflaschen, um sich gegen Gummigeschoße zu schützen. Waffen wurden nicht mitgebracht, sie führten ihren Protest in gewaltfreier Weise weiter. Da die Jugendlichen trotz Polizeigewalt nicht klein gegeben, konnten sie sogar noch mehr Landsleute mobilisieren, die sich dem Protest anschlossen. Weniger als 1000 Menschen starben während der Revolution, die meisten wurden von der Polizei getötet. Den RevolutionärInnen gelang es aber trotz der gegen sie angewandten Gewalt, die Haltungen und Wurzeln der Gewaltfreien Aktion zu bewahren. Auf der Grundlage des Studiums von Gene Sharp, der Teilnahme einiger OrganisatorInnen an Workshops in Gewaltfreiheit, durchgeführt vom *International Center on Nonviolent Conflict*, und der Erforschung der Aktivitäten der serbischen Jugendgruppe *Otpor*, die eine wichtige Rolle beim Sturz des Diktators Slobodan Milosevic spielte, war es den ÄgypterInnen möglich, die wesentlichen Aspekte des gewaltfreien Protestes zu lernen.<sup>3</sup> Die Fähigkeit der Protestierenden, im Angesicht von Gewalt gefasst und auf ihre Forderungen konzentriert zu bleiben, war eines der wichtigsten Elemente ihres Kampfes. Indem sie nicht die gewaltsame und unkontrollierte Reaktion zeigten, die von der Regierung erwartet worden war, boten sie keinen Vorwand und keine Berechtigung für extreme Gewalt. Sie wussten, wenn sie sich von der Regierung provozieren ließen, würde dies für ihre gewünschten Resultate kontraproduktiv sein. Während sich die OrganisatorInnen offensichtlich der Gewaltfreiheit des Protests verpflichtet fühlten, mussten



ÄGYPTEN

sie sicherstellen, dass diese Botschaft auch an alle, die sich dem Protest anschließen wollten, kommuniziert wurde. Dank Facebook und Twitter konnte die Botschaft der Gewaltfreiheit leicht an die Protestierenden vermittelt werden, womit der gewaltfreie Charakter trotz der großen Zahl von Protestierenden aufrecht erhalten werden konnte. Für die OrganisatorInnen war Gewaltfreiheit nicht nur die moralisch korrekte Vorgangsweise, sie war auch eine Voraussetzung für den Erfolg des Protests und es war entscheidend, dass alle Protestierenden dieses Gefühl teilten.

Ein anderer wichtiger Aspekt der gewaltfreien Revolution der ÄgypterInnen war die Idee, Macht durch eine steigende Anzahl von Teilnehmenden zu erreichen. Die ÄgypterInnen wussten, dass die Größe des Protests von Bedeutung ist. Das ist einer der Gründe, warum er über Facebook und Twitter begann. Durch diese sozialen Netzwerke konnten die OrganisatorInnen die Botschaft viel schneller und an eine viel größere Gruppe weiter leiten, als dies über andere Formen der Kommunikation jemals möglich gewesen wäre. Auf Facebook alleine trugen sich mehr als 100.000 Menschen für die Teilnahme am ersten Protest ein. Die Jugendlichen Ägyptens nutzten, was sie am besten kannten – das Internet – zu ihrem Vorteil und konnten so einen Protest in Gang setzen – erfolgreicher als sie je erwartet hätten. Darüber hinaus ist ein Schlüssel zum Erfolg die Fähigkeit, eine große Anzahl von Protestierenden für die Zeit bis zum Eintritt des Erfolgs – wie lange das auch immer ist – aufrecht zu erhalten, im Falle Ägyptens betrug dieser Zeitraum dank der großen Zahl von TeilnehmerInnen nur 18 Tage. Ein besonders eindrucksvoller Aspekt der Größe der Revolution war, dass die Zahl der Protestierenden im Lauf der Revolution sogar anstieg.

Neben der Gewinnung von Zehntausenden Protestierenden konnten die ÄgypterInnen schlussendlich auch die Unterstützung des Militärs erreichen, indem sie gewalttätige Konfrontationen mit ihm vermieden. Die Protestierenden wurden angehalten, den Soldaten gegenüber wohlwollend zu handeln, um ihnen zu zeigen, dass sich ihr Protest gegen ihre FührerInnen (speziell gegen Präsident Mubarak) richtete und nicht gegen das Militär. Sie berücksichtigten, dass das Militär aus ihren Landsleuten besteht, die daher sehr wahrscheinlich mit denselben Mühsalen umgehen müssen wie sie selbst. Indem sie alle Menschen des ganzen Landes annahmen, gelang es den DemonstrantInnen, die Unterstützung und den Zuspruch von ÄgypterInnen aller Gesellschaftsschichten zu gewinnen.

In nur 18 Tagen führte das, was als Facebook-Austausch begonnen hatte, zum Sturz der ägyptischen Autokratie und der Beseitigung des autokratischen Präsidenten, der das Land über Dekaden regiert hatte, und zur Wiederherstellung der ägyptischen Identität. Diese Bewegung begann in den Händen der Jugend, die sich wünschte, Veränderung ohne den Gebrauch von Gewalt anzuregen. Die ägyptische Revolution bewies der Welt, dass das möglich ist, solange wir unseren Werten und Motivationen treu bleiben.

*Ruby Glaser kommt aus den USA und absolviert zur Zeit ein Praktikum im VB-Büro im Rahmen des Institutes for the International Education of Students.*

- 1) <http://www.nytimes.com/2011/02/14/world/middleeast/14egypt-tunisia-protests.html?scp=10&sq=egypt%20tunisia&st=cse>
- 2) <http://www.aeinstein.org/organizations/72b5.html>
- 3) <http://www.commonwealmagazine.org/gandhi-nile>

Übersetzung: Irmgard Ehrenberger

### **Österreich genehmigt Überflug und Durchfuhr von Kriegsgerät für die Bombardierung Libyens**

Die Kleine Zeitung berichtet am 28. 3. 2011: „Bis zu 50 Maschinen überflogen bislang die Alpen. Auch auf dem Landweg wird schweres Gerät transportiert: Erst am Wochenende wurden Militär-Lkws in großer Zahl auf der Tauernautobahn gesichtet.“ Die Maschinen kamen von US-Basen in Deutschland, aus Norwegen, Dänemark und Ungarn und wurden nach Sigonella (Sizilien), Aviano (Friaul) und Souda (Kreta) für die Bombardierung Libyens überstellt. Die österreichische Regierung hat Überflug und Durchfuhr für den Krieg achselzuckend genehmigt. Der Krieg sei ja schließlich von der UNO sanktioniert, heißt es am Ballhausplatz, daher hinsichtlich Neutralität unbedenklich.

Das ist natürlich Unsinn. Ein Unsinn, der übrigens auf den Golfkrieg von 1991 zurückgeht. Damals beschloss die Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion eine Neuauslegung der Neutralität, wonach UN-sanktionierte Kriege die Neutralität aushebeln.

Diese angebliche Vereinbarkeit von UN-sanktionierten Kriegen und Neutralität ist dann umso unhaltbarer, wenn der Sicherheitsrat selbst gegen die UN-Charta verstößt. Genau das ist bei der Resolution 1973 zu Libyen geschehen. So hat der UN-Sicherheitsrat nicht einmal den Versuch unternommen, den Vorwurf von „Genozid“ oder „Gefährdung des Weltfriedens“ durch das libysche Regime zu beweisen. Und selbst der Wortlaut dieser Resolution wird mittlerweile von der westlichen Streitmacht zur Makulatur erklärt, denn inzwischen ist die NATO dazu übergegangen, offen Partei im Bürgerkrieg zu ergreifen und die Bevölkerung, deren angeblicher Schutz ja angestrebt wird, durch Uranbomben zu terrorisieren. Proteste Chinas und Russlands gegen diesen Verstoß gegen die UN-Resolution werden jetzt ebenso kaltschnäuzig vom Tisch gewischt wie die Vermittlungsangebote Venezuelas, der Türkei und der Afrikanischen Union vor der Militärintervention.

Gekürzt entnommen aus:  
Solidarwerkstatt, Rundbrief 7/2011  
[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)



## Herbstlehrgänge zur aktiven Gewaltfreiheit

Von September bis Dezember 2011 werden wir jeweils einen Lehrgang in Wien und in Vorarlberg anbieten. Jeder Lehrgang wird aus drei Wochenendmodulen mit Themen zur Gewaltfreiheit bestehen.

Kosten: € 300,- bzw. € 250,- für VB-Mitglieder und Menschen ohne Einkommen

**Nähere Informationen stehen ab Mai im VB-Büro zur Verfügung.**



Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik, Alpen Adria Universität Klagenfurt; *Viktorija Ratkovic, Werner Wintersteiner* (Hrsg.): **Yearbook Peace Culture 2010: Culture of Peace. A Concept and A Campaign Revisited** (in englischer Sprache); Drava Verlag 2010; ISBN 978-3-85435-631-8, 287 Seiten, € 27,80

Das Jahrbuch berichtet und diskutiert die Ergebnisse der UN-Dekade "Für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt" (2001-2010). Das UNESCO-Programm für eine Kultur des Friedens und die Dekade selbst weckten große Hoffnungen, die Bilanz auf politischer Ebene ist allerdings enttäuschend. Für substantielle Veränderungen sind verstärkte Anstrengungen von Seiten der Zivilgesellschaft notwendig. Dazu möchte dieses Buch einen Beitrag leisten, indem es die theoretischen und praktischen Aspekte des Konzeptes für eine Kultur des Friedens aufzeigt und analysiert. Mit Beiträgen von: David Adams, Elisabeth Augustin, Ingeborg Breines, Claudia Brunner, **Irmgard Ehrenberger**, Wilfried Graf, Olivia Guaraldo, Majda Hrzenjak, Ziva Humer, Gudrun Kramer, Manuel Manonelles, Federico Mayor, Manuela Mesa Peinado, Mary Lee Morrison, Augustin Nicolescou, Viktorija Ratkovic, Danilo R. Streck, Sólón Viola, Werner Wintersteiner und Biao Yang.



*Hildegard Goss-Mayr - Jo Hanssens*: **Jean Goss. Mystique et militant de la non-violence**; Éditions Fidélité, 2010.

Rechtzeitig zum 20. Todestag von Jean Goss (3. April 1991) ist dieses Buch über sein Lebenswerk und die spirituellen Wurzeln für sein gewaltfreies Engagement erschienen. Alle, die des Französischen nicht mächtig sind, seien auf das Frühjahr 2012 vertröstet - dann erscheint die deutsche Ausgabe, und Hildegard Goss-Mayr und der österreichische Versöhnungsbund planen aus diesem Anlass und zu Jean's 100. Geburtstag eine größere Veranstaltung zur Würdigung dieses großartigen Mystikers und gewaltfreien Kämpfers!

## Zweite Romaria Solidaritätswallfahrt mit Flüchtlingen 30. April 2011

(5. Mai 1945: Befreiung von Mauthausen; österreichischer Gedenktag gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit)

Solidaritätswallfahrt für und mit Flüchtlingen, AsylwerberInnen und ÖsterreicherInnen: Mit dieser Wallfahrt wollen wir ein Zeichen der Solidarität mit allen Schutzsuchenden in Österreich setzen und gleichzeitig gegen die immer restriktiveren Fremden- und Asylgesetze in unserem Land, aber auch weltweit auftreten und somit klar Stellung gegen jeglichen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beziehen.

**Die Wallfahrt startet um 8.00h in Schwechat/NÖ** (Pfarrkirche, Hauptplatz 5)), führt über das Sozialzentrum Zirkelweg (Flüchtlingsunterkunft) über die Wohngemeinschaft Abraham des Don Bosco Flüchtlingswerks in Inzersdorf zum Caritas Flüchtlingsheim St. Gabriel / Maria Enzersdorf bei Mödling (19:30 politisches Abendgebet, 21:00 Ende / Abschied)

Organisation: Pfarre Schwechat, Weltdorf St. Gabriel der Steyler Missionare, Don Bosco Flüchtlingswerk Austria

UnterstützerInnen: Attac Regionalgruppe Mödling, Caritas Haus Amadou, Caritas Karwan Haus, Caritas St. Gabriel, evangelische Pfarrgemeinde Mödling A.B., IMPulsLEBEN, Gedenkverein KZ Nebenlager Guntramsdorf/Wiener Neudorf, Internationaler Versöhnungsbund, pfarrliches Asylnetzwerk (Pfarre Alxingergasse, Pfarre Hernals, Pfarre St. Nepomuk und Pfarre Schwechat), Katholische Jugend der ED-Wien,

links: [www.pfarre-schwechat.at](http://www.pfarre-schwechat.at)  
[www.fluechtlingswerk.at](http://www.fluechtlingswerk.at)  
[www.weltdorf.at](http://www.weltdorf.at)  
[www.pfarnetzwerkasyl.at](http://www.pfarnetzwerkasyl.at)

*„Romarias da terra“ sind Wallfahrten in der brasilianischen Landlosenbewegung, die auch zur Stärkung der politischen Kräfte unternommen werden.*

Die Romaria 2011 ist eine Veranstaltung im Rahmen der Aktionstage der politischen Bildung 2011

DVR 0583031  
Zulassungsnummer:  
GZ 02Z032555M

P.b.b.  
Erscheinungsort: Wien  
Verlagspostamt: 1080 Wien

Dass wir uns mit dem Thema Frieden befassen, berührt den tiefsten Wunsch des Menschen und der Menschheit. Der tiefste und äußerste Wunsch des Menschen ist der nach Frieden.

Die Verwirklichung dieses Wunsches setzt jedoch alle anderen Entwicklungsschritte in Person und Psyche voraus. Indem wir selbst mehr Friedfertigkeit hervorbringen, finden wir zum Glück und überwinden wir das Leid.

Aus psychologischer, sozialpsychologischer und spiritueller Sicht ist entscheidend zu verstehen, dass wir das, was wir in der Gesellschaft und in der Welt vorzufinden wünschen, zuerst in uns selbst schaffen müssen. Das Vorantreiben unseres eigenen persönlichen Wachstums zum Frieden und zur Friedfertigkeit schafft erst die Grundlage für das Gelingen im Sozialen, Gesellschaftlichen und Globalen. Ohne uns selbst zu entwickeln, können wir auf der größeren gesellschaftlichen Ebene kaum bis keine echten und nachhaltigen Fortschritte erzielen.

Wie jede bedeutende menschliche Entwicklung muss diese mindestens zwei Aspekte beinhalten,

- erstens, dass wir die Voraussetzungen für das friedliche Miteinander in uns selbst schaffen,
- zweitens, dass wir unser Wissen auf die sozial- und gesellschaftspolitische Ebene übersetzen.
- Der dritte Aspekt besteht in der spirituellen menschlichen Entwicklung, weil der Wunsch nach Frieden das tiefste Herzthema repräsentiert.

Wer nur einen der drei Bereiche im Auge hat, ist in Gefahr entweder zu psychologisieren, zu politisieren oder die Spiritualität zum alleinigen entscheidenden Faktor zu erklären.

Reinhold Dietrich

*Spinnrad* 